

## Niederschrift

über die 39. öffentliche Sitzung der **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **10. Dezember 2008**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

### Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindeglieder
2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 19.11.2008
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Krankenhaus Oberndorf – PPP-Modell
  - a) Einbringungsvertrag Krankenhaus
  - b) Kaufvertrag GP 890/3 KG Oberndorf
  - c) Mietvertrag GP 890/24 neu KG Oberndorf gem. Verm. Urkunde Geometer Fally v. 12.02.2008
  - d) Baurechtsvertrag Reha-Zentrum
  - e) Baurechtsvertrag Ärztezentrum
5. Europasteg Errichtungs- und Betriebs GmbH – Änderung der Haftung
6. Bericht Überprüfungsausschuss-Obmann
7. Jahresvoranschlag 2009
8. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Jahresvoranschlag 2009
9. Haushaltsbeschluss 2009
10. Stellenplan 2009
  - a) Allgemein
  - b) Seniorenwohnhäuser
  - c) Krankenhaus
11. Mittelfristiger Finanzplan
12. Volksschule – Sanierung Turnsaal; Beauftragung Planungsleistungen und örtliche Bauaufsicht inkl. Baukoordination
13. Änderung des Räumlichen Entwicklungskonzeptes im Bereich Watzmannstraße / Alte Landstraße
14. Betriebsvereinbarung Spitalsärzte
15. Änderung Ärztedienstordnung
16. Vergabe Transport- und Entsorgungsdienstleistung Altstoffsammelzentrum
17. Aufträge, Anschaffungen
18. Subventionen
- 19. Sponsorvertrag für Pflichtschulen** (*nachträglich aufgenommen*)
20. Allfälliges

### Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder  
1. Vizebürgermeister Mag.(FH) Johann Danner  
2. Vizebürgermeister Otto Feichtner  
Stadtrat Alois Wetsch  
Stadtrat Dietmar Innerkofler  
GV Josef Auzinger  
GV Bärbel Stahl  
GV Josef Gönitzer  
GV Wolfgang Stranzinger  
GV Wolfgang Oberer  
Stadtrat Ing. Johann Bruckmoser  
Stadträtin Anna Schick  
GV Georg Mayrhofer  
GV Franziska Stampfer  
GV Martin Neumeier

GV Dr. Andreas Weiß  
Stadtrat Dietmar Prem  
GV Georg Meindl  
GV Johann Tutschka  
GV Ing. Johann Schweiberer  
Stadtrat Dr. Patrick Weihs  
GV Maria Petzlberger  
GV Dr. Andrea Voggenhuber  
GV Josef Hagmüller

**Entschuldigt abwesend:**

GV Peter Illinger

**Weiters anwesend:**

Mag. Dr. Hanspeter Schmalzl, Vertreter der Hypo Leasing, zu TOP 4. und 5.  
Dr. Günther Ramsauer, Rechtsanwalt, zu TOP 4. und 7.  
Mag. Ewald Klösch, Steuerberater, zu TOP 4. und 7.  
Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter, zu TOP 12. und 13.  
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 7 Zuhörer anwesend.

**Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:**

**1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger**

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 24 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt, es bestehen dagegen keine Einwände.

Weiters wird festgehalten, dass ein Antrag gem. § 25 Abs. 8 Sbg. GdO 1994 auf nachträgliche Aufnahme eines Tagesordnungspunktes mit dem Titel „Sponsorvertrag für Pflichtschulen“ in diese Gemeindevertretungssitzung vorliegt. Er wurde von Bürgermeister Peter Schröder, GV Josef Gönitzer und 1. Vizebgm. Mag.(FH) Hannes Danner unterfertigt.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag auf Aufnahme in die heutige Tagesordnung als Punkt 19., somit verschiebt sich „Allfälliges“ auf TOP 20.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Die nachträgliche Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Sponsorvertrag für Pflichtschulen“ als Punkt 19. wird einstimmig beschlossen.**

Bürgermeister Schröder stellt fest, dass wir heute die 10. Gemeindevertretungssitzung in diesem Jahr haben und neben den verschiedensten Ausschuss-Sitzungen 6 Gemeindevorstandssitzungen im Jahr 2008 hatten.

Zu den Tagesordnungspunkten 4., 5. und 7. sind die Herren Dr. Schmalzl, Dr. Ramsauer und Mag. Klösch als externe Experten geladen.

*Da keine Fragen der Zuhörer zur Tagesordnung vorliegen, entfällt die Fragestunde!*

## **2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 19.11.2008**

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 19. November 2008 zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

## **3. Berichte des Bürgermeisters**

### **3.1. Sitzungstermine für 2009**

Für die verbleibende Funktionsperiode im Jahr 2009 werden folgende Sitzungstermine vorgeschlagen:

Gemeindevorstellung – 21. Jänner 2009

Gemeindevertretung – 18. Februar 2009

**Werden einstimmig zu Kenntnis genommen.**

### **3.2. Bauvorhaben der Stadtgemeinde**

Es liegt ein Schreiben der Gemeindeabteilung des Landes vor mit dem Inhalt, dass die seitens der Stadtgemeinde gestellten Anträge auf GAF-Mittel für geplante Bauvorhaben in den nächsten Tagen der Landesregierung zur Beschlussfassung übermittelt werden. Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftslage wurde im GAF-Beirat das Vorverlegen diverser Baumaßnahmen diskutiert. Auf Anregung von LH-Stv. Dr. Haslauer wird nun angefragt, ob die eine oder andere geplante Baumaßnahme nicht bereits auf 2009 oder 2010 vorgezogen werden kann. Sollte dies nicht möglich sein, werden die Projekte im vorgesehenen Zeitrahmen umgesetzt.

**Wird zur Kenntnis genommen.**

### **3.3. SalzART Festival 2008**

Reinhold Wieser hat nunmehr die Abrechnung des SalzART Festivals 2008 vorgelegt sowie Kopien der Förderbeträge des Landes für die Jahre 2006, 2007 und 2008. Dies zur Information.

**Wird zur Kenntnis genommen.**

#### **4. Krankenhaus Oberndorf – PPP-Modell**

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Im Rahmen des wettbewerblichen Dialoges PPP-Modell Krankenhaus Oberndorf und in der dazu abgeschlossenen Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED Management und Service GmbH & Co KG wurde die Vorbereitung der Verträge für den Umbau des Krankenhauses Oberndorf sowie der Errichtung des Ärzte- und Rehabilitationszentrums in der Sitzung der Gemeindevertretung am 19.12.2007 beschlossen. Nunmehr liegen die einzelnen Verträge zur Umsetzung vor.“

Gemäß PPP-Modell ist ein Einbringungsvertrag für die in der vorliegenden Planskizze mit 1 bezeichnete Fläche des Krankenhauses, ein Kaufvertrag mit der Hypo Impuls Immobilien Leasing GmbH für das Grundstück 890/3, ein Mietvertrag mit der GOK für die als 2 bezeichnete Fläche, abzüglich der eingebrachten Fläche 1, sowie für die Flächen 3 und 4 ein Bauvertragsvertrag mit VAMED oder einer von VAMED gemeinsam mit Dritten gegründeten Gesellschaft abzuschließen. Die gegenständlichen Verträge ergehen somit in Erfüllung der oben zitierten Rahmenvereinbarung.

Auf Basis des Angebotes der Firma VAMED wurde durch Geometer Dipl.-Ing. Fally eine Vermessungsurkunde erstellt. Diese dient dem Vertragserrichter RA Dr. Günther Ramsauer als Grundlage für die Erstellung der Verträge. Die Vermessungsurkunde lag im Fraktionsordner auf. Der Kauf des Grundstückes 890/3 wird durch eine Vorauszahlung des Baurechtzinses für das Reha-Zentrum und zum Teil des Ärztezentrum finanziert. Die Verträge befanden sich ebenfalls zur Einsichtnahme im Fraktionsordner.“

Zu

##### **a) Einbringungsvertrag Krankenhaus**

liegt folgender Amtsbericht vor:

„Gem. Rahmenvereinbarung vom 01.02.2008 ist die Projektliegenschaft (in beiliegender Planskizze mit 1 bezeichnete Fläche des Krankenhauses) im Ausmaß von rund 5.600 m<sup>2</sup> durch die Stadtgemeinde Oberndorf in die PPP-Gesellschaft (Gemeinnützige Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft m. b. H.) als Sacheinlage einzubringen. Durch Rechtsanwalt Dr. Günther Ramsauer wurde auf Basis der Rahmenvereinbarung und der durch den Wirtschaftstreuhänder Mag. Ewald Klösch erstellten Einbringungsbilanz, welche eine Beilage dieses Vertrages ist, ein Einbringungsvertrag erstellt. Im Vertrag wird der Stadtgemeinde Oberndorf ein Vorkaufsrecht eingeräumt, welches in das Grundbuch eingetragen wird. Weiters wird ein Belastungs- und Veräußerungsverbot für die Liegenschaft vereinbart. Ausgenommen davon sind Darlehen und Kredite, die zum Zwecke eines Umbaus der allgemein öffentlichen Krankenanstalt aufgenommen werden. Diese sind in jährlich gleich hohen Raten über die jeweilige Vertragslaufzeit, die jedoch max. 20 Jahren betragen darf, zu tilgen. Die Kosten und Gebühren, die mit der Errichtung des Vertrages verbunden sind, trägt die übernehmende Gesellschaft.“

Dr. Ramsauer erläutert den Einbringungsvertrag: Die Einbringung gilt mit 01.01.2008 und erfolgt rückwirkend. Die GOK hat alle Verbindlichkeiten, die in diesem Jahr angefallen sind, zu übernehmen. Zur Haftung und Gewährleistung, die die Gemeinde abgibt, ist festzustellen, dass die Gemeinde eine Bilanzgarantie abgibt und dafür haftet, dass die Vermögenslage des einzubringenden Betriebes richtig ist. Ausgenommen ist ein Schadensfall aus dem Jahr 1993. Die künftige Belastung aus diesem Fall wird zur Gänze von der GOK übernommen, unabhängig von der betragsmäßigen Bewertung in der Einbringungsbilanz. Zur Absicherung der Liegenschaftsverwendung ist ein Belastungs- und Veräußerungsverbot sowie eine Belastungsbeschränkung vorgesehen. Diese Vereinbarung ist nicht mit dinglicher Wirkung eingetragen. Die GOK wird diese Vereinbarung schuldrechtlich binden. Ein allfällig notwendiger Kredit darf nur für die Erweiterung des Krankenhauses aufgenommen werden. Die GOK räumt der Gemeinde ein Vorkaufsrecht ein. Bei einer Kreditaufnahme ist keine Genehmigung

bzw. Beschlussfassung der Gemeindevertretung erforderlich, da die GOK Kreditnehmerin ist. Die GOK ist eine GmbH mit einem Mindeststammkapital von € 35.000,-- und haftet für Verbindlichkeiten.

Zu

#### **b) Kaufvertrag GP 890/3 KG Oberndorf**

liegt folgender Amtsbericht vor:

„Die Hypo Impuls Immobilien Leasing GmbH ist Eigentümerin des Grundstückes 890/3, Liegenschaft EZ 1684, Grundbuch 56410 Oberndorf. In der Umsetzung des PPP-Modells erwirbt die Stadtgemeinde Oberndorf die angeführte Liegenschaft zu einem Kaufpreis in der Höhe von € 325.424,62. Der Kaufpreis wird von der Stadtgemeinde auf Grundlage eines gesondert vereinbarten Ratenplanes geleistet. Die Finanzierung des Kaufes erfolgt über die Einnahmen aus dem Baurechtszins Reha-Zentrum und zum Teil Ärztezentrum. Die Kosten und Gebühren, die mit der Errichtung und Verbücherung des Vertrages verbunden sind, sind von der Käuferin zu tragen. Der Vertragsentwurf lag zur Einsicht im Fraktionsordner auf.“

Dr. Raumsauer: Kaufobjekt ist das Grundstück Rosenstatter. Es wird seitens der Stadtgemeinde Oberndorf von der Hypo Leasing angekauft um einen Betrag von € 325.424,62. Die Finanzierung erfolgt im Wege von Baurechtsverträgen. Hier gibt es Vorauszahlungen. In bar werden keine Gelder der Gemeinde an die Hypo Leasing fließen. Das Grundstück geht lastenfrei in das Eigentum der Gemeinde über. Es wird aber keine Haftung für eine bestimmte Bebaubarkeit des Kaufgegenstandes übernommen. Der Kaufvertrag ist ein „üblicher“ Vertrag.

Zu

#### **c) Mietvertrag GP 890/24 neu KG Oberndorf gem. Verm.-Urkunde Geometer Fally vom 02.02.2008**

liegt folgender Amtsbericht vor:

„Gem. Rahmenvereinbarung mit der VAMED stellt die Stadtgemeinde Oberndorf die in der Planskizze als Fläche 2 ausgewiesene Fläche abzüglich der Projektliegenschaft (Fläche 1) zu einem Bestandszins für die Dauer des Vertrages zu einem wertgesicherten Entgelt zur Verfügung. Diese Fläche dient dem Betrieb des durch Umbauten erweiterten allgemein öffentlichen Krankenhauses Oberndorf.

Das Grundstück 890/24 neu wird nach grundbücherlicher Durchführung der Vermessungsurkunde von Geometer Fally vom 12.02.2008 und der Zuschlagung einer Teilfläche aus dem im Punkt b) beschlossenen Kauf der Grundfläche 890/3 eine Fläche von 5.258 m<sup>2</sup> aufweisen. Das Mietverhältnis beginnt mit 01.01.2008 und wird auf eine bestimmte Dauer von 40 Jahren, d. h. bis 31.12.2047, abgeschlossen. Der monatliche Mietzins beträgt netto € 1.666,67 (brutto € 2.000,--).

Das Mietverhältnis kann aus wichtigen Gründen gem. den §§ 1117, 1118 ABGB aufgelöst werden, wobei im Falle des Zahlungsverzuges ein halbjähriger Mietzinsrückstand Aufhebungsvoraussetzung neben der Mahnung ist. Darüber hinaus sind beide Vertragsparteien berechtigt, den gegenständlichen Vertrag vor Ablauf der bedungenen Zeit aus wichtigem Grund aufzukündigen, wenn die zwischen der Stadtgemeinde und der VAMED abgeschlossene Rahmenvereinbarung über das PPP-Modell aufgelöst worden ist.

Die Kosten und Gebühren für die Errichtung und grundbücherliche Durchführung dieses Vertrages trägt die Mieterin. Der Vertrag lag im Fraktionsordner auf.“

Dr. Ramsauer erklärt nochmals: Mietgegenstand ist die Fläche 2 abzüglich der Fläche 1 mit einer Größe von 5.258 m<sup>2</sup>. Dauer des Mietverhältnisses: 01.01.2008 bis 31.12.2047. Es endet zu diesem Zeitpunkt, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Während der Mietdauer hat keiner der beiden Vertragsteile die Möglichkeit, das Mietverhältnis aufzukündigen (ausgenommen die gesetzlich vorgesehenen Aufhebungsgründe). Die GOK als Mieterin hat

sämtliche Betriebskosten zu leisten. Es ist vereinbart, dass sämtliche Anliegerleistungen (Grundabtretungen etc.) die GOK trägt.

Zur Bebauung der Liegenschaft: Das Gebäude steht im Eigentum der GOK, es wird ein Superedifikat vorliegen. Wesentlich ist, dass die Gemeinde keine Haftung für eine bestimmte Widmung oder Bebaubarkeit der Liegenschaft übernimmt. Nach Ende der Laufzeit ist das Objekt, welches auf der Mietfläche errichtet wird, zu entfernen. Das ist bei Vereinbarung eines Superedifikats gesetzlich so vorgesehen. Das Bestandsrecht wird im Grundbuch eingetragen.

Zu

**d) Baurechtsvertrag Reha-Zentrum und**

**e) Baurechtsvertrag Ärztezentrum**

liegen folgende Amtsberichte vor:

Zu d): „Gem. Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED Management und Service GmbH & Co KG stellt die Stadtgemeinde Oberndorf als Eigentümerin die lt. vorliegender Planskizze mit 3 bezeichnete Fläche der VAMED oder einer von VAMED gemeinsam mit einem Dritten gegründeten Gesellschaft zu einem ortsüblichen Entgelt mittels Baurecht zur Errichtung eines Reha-Zentrums oder einer vergleichbaren Einrichtung zur Verfügung.

Der Baurechtsvertrag wird mit der ARGE VAMED Management und Service GmbH & Co KG und der Hypo Impuls Immobilien Leasing GmbH abgeschlossen. Das Grundstück 899/4 wird nach Durchführung der Vermessungsurkunde von Geometer Dipl.-Ing. Fally vom 12.02.2008 eine Gesamtfläche von 5.140 m<sup>2</sup> aufweisen. Das Baurecht wird auf die Dauer von 50 Jahren ab 01.01.2008 bis 31.12.2057 eingeräumt.

Für den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.12.2008 leisten die Baurechtsnehmer einen Baurechtszins in der Höhe von netto € 1,-- (brutto € 1,20). Für den Zeitraum vom 01.01.2009 bis 31.12.2028 erfolgt eine Vorauszahlung auf den Baurechtszins in der Höhe von netto € 305.424,62 (brutto € 366.509,54). Ab dem 01.01.2029 leisten die Baurechtsnehmer einen monatlichen Baurechtszins von netto € 0,70/m<sup>2</sup>, das sind monatlich € 3.598,- (brutto € 4.317,60). Der Baurechtszins wird gem. VPI 2005 wertgesichert. Die mit der Errichtung und Verbücherung dieses Vertrages verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Baurechtsnehmer. Der Vertrag lag im Fraktionsordner auf.“

Zu e):“ Gem. Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED Management und Service GmbH & Co KG stellt die Stadtgemeinde Oberndorf als Eigentümerin die lt. vorliegender Planskizze mit 4 bezeichnete Fläche der VAMED oder einer von VAMED gemeinsam mit einem Dritten gegründeten Gesellschaft zu einem ortsüblichen Entgelt mittels Baurecht zur Errichtung eines Ärztezentums oder einer vergleichbaren Einrichtung zur Verfügung.

Der Baurechtsvertrag wird mit der ARGE VAMED Management und Service GmbH & Co KG und Hypo Impuls Immobilien Leasing GmbH abgeschlossen. Das Grundstück 899/15 wird nach Durchführung der Vermessungsurkunde von Geometer Dipl.-Ing. Fally vom 12.02.2008 eine Gesamtfläche von 1.525 m<sup>2</sup> aufweisen. Das Baurecht wird auf die Dauer von 50 Jahren ab 01.01.2008 bis 31.12.2057 eingeräumt.

Für den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.12.2011 leisten die Baurechtsnehmer eine Vorauszahlung auf den Baurechtszins in der Höhe von netto € 20.000,-- (brutto € 24.000,--). Ab 01.01.2012 leisten die Baurechtsnehmer einen monatlichen Baurechtszins von netto € 0,70/m<sup>2</sup>, das sind monatlich € 1.067,50 (brutto € 1.281,-). Der Baurechtszins wird gem. VPI 2005 wertgesichert. Die mit der Errichtung und Verbücherung dieses Vertrages verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Baurechtsnehmer. Der Vertrag lag zur Durchsicht im Fraktionsordner auf.“

Dr. Ramsauer zu d) und e): Inhaltlich sind die beiden Baurechtsverträge gleichlautend. Die Dauer des Baurechts wäre 50 Jahre, hinsichtlich des Baurechtszinses ist eine Stufung vorgesehen. Es erfolgt eine Gegenrechnung mit dem Kaufpreis des Grundstückes Rosenstatter

und wird nicht bar abgehandelt. Der Baurechtszins ist wertgesichert. Der Baurechtnehmer hat der Baurechtgeberin die Grundsteuer zu ersetzen. Die Reallast wird im Grundbuch eingetragen. Die Baurechtnehmerin verpflichtet sich in dem einen Fall zur Errichtung eines Reha-Zentrums oder einer vergleichbaren Einrichtung auf die Dauer des Vertrages. Für den Baurechtsvertrag Ärztezentrum gilt die gleiche Vertragsdauer, ein Unterschied besteht jedoch im Bereich der Baurechtszinsbezahlung. Nach Ablauf dieser 50 Jahre gehen die Gebäude ins Gemeindeeigentum über, außer es würde der Vertrag verlängert werden. Es ist die Verpflichtung zu einer gewissen Erhaltung des Bauzustandes vorgesehen. Auch eine Versicherungsverpflichtung ist eingetragen. Diese Versicherungen sollten zu Gunsten der Gemeinde vinkuliert werden.

Bürgermeister: Beim Erstellen der Verträge haben wir uns sehr viel Mühe gemacht und es wurde hart gearbeitet, um möglichst alle Interessen einbinden zu können. Ich danke hier all jenen, die daran mitgearbeitet haben. Unser Ziel war, für die Gemeinde etwas zu erreichen, was mit den Baurechts- und Mietverträgen gelungen ist.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag auf Beschlussfassung zum Abschluss**

**a) des Einbringungsvertrages gem. der Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf, der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft m. b. H. und der VAMED Management und Service GmbH & Co KG.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

**b) des Kaufvertrages mit der Hypo Impuls Immobilien Leasing GmbH für das Grundstück 890/3 zu einem Kaufpreis von €325.424,62.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

**c) des Mietvertrages für das Grundstück 890/24 neu mit der Gemeinnützigen Oberndorf Krankenhausbetriebsgesellschaft m. b. H..**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

**d) eines Baurechtsvertrages für das Grundstück 899/4 nach Durchführung der Vermessungsurkunde von Geometer Dipl.-Ing. Fally vom 12.02.2008 mit der ARGE VAMED Management und Service GmbH & Co KG und Hypo Impuls Immobilien Leasing GmbH.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

**e) eines Baurechtsvertrages für das Grundstück 899/15 nach Durchführung der Vermessungsurkunde von Geometer Dipl.-Ing. Fally vom 12.02.2008 mit der ARGE VAMED Management und Service GmbH & Co KG und Hypo Impuls Immobilien Leasing GmbH.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

## **5. Europasteg Errichtungs- und Betriebs GmbH – Änderung der Haftung**

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„In der Gemeindevertretungssitzung am 23.09.2008 wurde die Änderung der Haftungssumme/Bürgschaft für den frei finanzierten Teil zur Errichtung des Europasteges mit einer Summe von € 466.147,53 beschlossen. Nach Übermittlung der Bürgschaftsverträge hat sich die Gesamtsumme auf € 466.128,- reduziert. Gemäß Rücksprache mit der Abteilung 11 sollten die nunmehr vorliegenden neuen Beträge nochmals durch die Gemeindevertretung beschlossen werden. Zur Beschlussfassung wird ein Bürgschaftsvertrag in der Höhe von € 67.728,- und einer in der Höhe von € 398.400,- vorgelegt. Zu den beiden Bürgschaftsverträgen liegen die jeweiligen Abstattungskreditverträge bei.“

Dr. Schäffer erläutert nochmals wie folgt: Die Reduzierung um den Betrag von € 19,53 basiert auf Rundungsdifferenzen. Da der benötigte Beschluss absolut exakt dem Vertrag entsprechen muss, ist dieser neuerliche Beschluss notwendig geworden. Zwei Bürgschaftsverträge gibt es deshalb, weil im Zuge der Vorplatzgestaltung (durch die neue Aufstockung der finanziellen Mittel) ein 2. Kreditvertrag abzuschließen war. Dies ist gebührenrechtlich erforderlich.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Übernahme der Bürgschaften für die Europasteg Errichtungs- und Betriebs GmbH in der Höhe von € 67.728,- und € 398.400,- zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

- *Dr. Schmalzl verlässt die Sitzung.*

## **6. Bericht Überprüfungsausschuss-Obmann**

Obmann-Stv. Stadtrat Prem berichtet, dass am 09.12.2009 der Überprüfungsausschuss getagt hat. Der Ausschuss hat sich von der Richtigkeit des letzten verfügbaren Kassenabschlusses vom selben Tag überzeugt. Er stimmt mit dem tatsächlichen Geldbestand überein. Gleiches gilt für die Verwaltungsgemeinschaft Seniorenwohnhäuser und für die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG. Frau Dr. Voggenhuber ersuchte um eine Aufstellung des Gasverbrauches der gemeindeeigenen Betriebe für die Jahre 2005 bis 2007. Grundsätzlich wurde festgehalten, dass der/die Obmann/Obfrau des Überprüfungsausschusses vor einer Sitzungseinberufung die Auswahl der Tagesordnungspunkte mit den Ausschussmitgliedern abklären soll.

**Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

## 7. Jahresvoranschlag 2009

Bürgermeister Schröder erläutert den Jahresvoranschlag 2009 mittels nachstehender Powerpoint-Präsentation:



### Gesamtsummen

	Voranschlag 2009	Voranschlag 2008	Ergebnis 2007
<b>Ordentlicher Haushalt Gemeinde (ohne Betrieb SWH und KH)</b>	11.805.400,00	12.966.600,00	14.153.057,11
Betrieb Seniorenwohnhäuser	8.936.600,00	4.680.300,00	2.959.059,66
Betrieb Krankenhaus		12.348.500,00	12.519.354,00
<b>Summe</b>	<b>20.742.000,00</b>	<b>29.995.400,00</b>	<b>29.631.470,77</b>
<b>Außerordentlicher Haushalt</b>	<b>1.603.200,00</b>	<b>584.900,00</b>	<b>3.987.803,06</b>
<b>Summe</b>	<b>22.345.200,00</b>	<b>30.580.300,00</b>	<b>33.619.273,83</b>
<b>Zwischensumme</b>	<b>22.345.200,00</b>	<b>30.580.300,00</b>	<b>33.619.273,83</b>
<b>abz.Doppelzählungen</b>	<b>5.133.200,00</b>	<b>2.326.500,00</b>	<b>2.529.835,02</b>
<b>Gesamtsumme Netto</b>	<b>17.212.000,00</b>	<b>28.253.800,00</b>	<b>31.089.438,81</b>



### Außerordentlicher Haushalt

#### Vorhaben

		Voranschlag 2009	Voranschlag 2008	Ergebnis 2007
2110	Volksschulturnhalle	248.000,00		858.302,22
2120	Hauptschule (KG)			
2290	Neubau HAK/HAS/Poly	883.200,00	145.000,00	
3630	Platzgest. Kalvarienbergstiege			25.398,59
6120	Straßenbau allgemein		109.600,00	705.187,40
6120	Wallfahrtsweg Maria Bühel	81.000,00		
6123	Straßenbau BA 08	120.000,00	223.300,00	258.339,05
6127	Straßenbau BA 07			2.871,16
6128	Gewerbegebiet Süd			57.675,72
6390	Hochwasserschutz Alt-Oberndorf	100.000,00		
6400	Sicherung Fußgängerübergänge	10.000,00		
8400	Verkauf zaunergründe			1.100.028,92
8500	Wasserversorgung			980.000,00
8503	Wassertransportleitung Hochzone	107.000,00	107.000,00	
8504	Wallfahrtsweg Maria Bühel	54.000,00		
	<b>Summe</b>	<b>1.603.200,00</b>	<b>584.900,00</b>	<b>3.987.803,06</b>

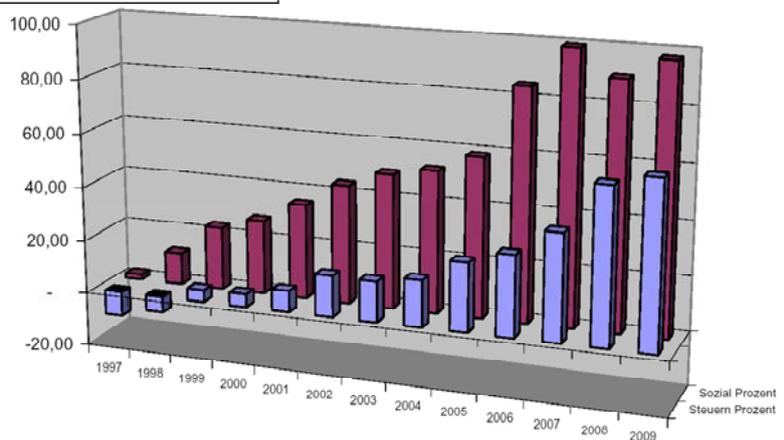
**Ordentlicher Haushalt**

**Ermessenstransfers**

		Voranschlag 2009	Voranschlag 2008	Ergebnis 2007
1/0610	Sonstige Subventionen	5.000,00	5.000,00	1.690,42
1/0630	Partnerschaften	500,00	500,00	
1/2490	Eltern-Kind-Zentrum	4.400,00	3.000,00	3.317,20
1/2590	Jugenderziehung	43.800,00	41.000,00	38.691,08
1/2690	Sportförderung	27.000,00	27.000,00	24.894,55
1/2690	Sportstättenerrichtung	30.000,00	30.000,00	
1/2700	Volkshochschule	1.000,00	1.000,00	
1/2710	Volksbildungswerk	3.000,00	3.000,00	145,20
1/3220	Stadtmusik	7.000,00	13.000,00	5.992,59
1/3690	Heimatvereine	5.500,00	5.500,00	4.675,40
1/3690	Pfadfinder	40.000,00		
1/3900	Kirchl. Angelegenheiten	24.200,00	70.700,00	70.940,00
1/4290	Altenbetreuung	2.500,00	2.500,00	2.403,00
1/4800	Solaranlagen, Wärmep.	5.000,00	5.000,00	620,50
1/7820	Wirtschaftsförderung	4.000,00	4.000,00	4.000,00
	<b>Summe</b>	<b>202.900,00</b>	<b>211.200,00</b>	<b>157.369,94</b>

**Vergleich der Steigerung der gemeindeeigenen Steuern und der Bundesabgabenertragsanteile mit der Steigerung der Sozialausgaben in Prozenten von 1996 bis 2009**

Jahr	Gemeindeeigene Steuern Ertragsanteile			Sozialausgaben		
	Betrag	Prozent	Mehr Vorj.	Betrag	Prozent	Mehr Vorj.
1996	3.638.510	100,00	-	395.071	100,00	-
1997	3.314.462	91,09	- 324.048	402.691	101,93	7.620
1998	3.430.666	94,29	116.204	442.511	112,01	39.820
1999	3.799.699	104,43	369.033	487.278	123,34	44.767
2000	3.809.286	104,69	9.587	503.948	127,56	16.670
2001	3.921.888	107,79	112.602	534.375	135,26	30.427
2002	4.193.830	115,26	271.942	568.844	143,99	34.469
2003	4.182.053	114,94	- 11.777	590.115	149,37	21.271
2004	4.263.414	117,17	81.361	601.254	152,19	11.139
2005	4.563.046	125,43	300.432	626.644	158,62	25.390
2006	4.731.803	130,05	167.957	730.615	184,93	103.971
2007	5.072.597	139,41	340.795	787.900	199,43	57.285
2008	5.223.000	157,58	150.403	765.100	190,00	- 22.800
2009	5.348.100	161,36	125.100	794.800	197,37	29.700



Bürgermeister Schröder stellt fest, dass die Gesamtsumme auch ohne Krankenhaus noch sehr hoch sei und über das Leistungsspektrum, welches die Gemeinde Oberndorf abzudecken hat, Auskunft gibt. Es hat eine Budget-Klausur gegeben, wo alles vorgestellt wurde. Die zuständigen Mitarbeiter der Buchhaltung Wolfgang Tajkovsky und Doris Moßhammer sind für Fragen zur Verfügung gestanden. Es konnte eingehend auf das Budget eingegangen werden. Wie jedes Jahr danke ich an dieser Stelle der Buchhaltung, dem Amtsleiter und allen, die an der Erstellung des Jahresvoranschlags beteiligt waren, für ihre geleistete Arbeit.

GV Dr. Voggenhuber erkundigt sich, warum der Wallfahrtsweg nach Maria Bühel saniert wird. Wurde das beschlossen? Ihrer Meinung nach sei der Weg sehr schön, so wie er ist. Er ist nicht künstlich angelegt und ein lebendiger Weg, er ist etwas sehr Besonderes. Wie soll die Sanierung aussehen?

Bürgermeister: Die Wegsanierung ist schon seit einigen Jahren Thema, denn er ist sehr desolat. Die Alte AZ-Leitung muss ausgetauscht werden. In diesem Zuge wird der Weg dann hergerichtet.

Dipl.-Ing. Kettl: Die Kostenschätzung ist Bestandteil der Sanierungskosten der Wasserleitung; es muss gebaggert werden, der Weg wird kaputt. Es wird eine gebundene Oberfläche mit einer humusierten Bankette hergestellt und keine Straße. Die Details müssen wir uns noch ansehen, das hier ist jetzt vorerst eine Kostenschätzung.

Stadtrat Wetsch: Zum Zustand des Weges: Die Anrainer und Benutzer beklagen sich, dass der Weg äußerst sanierungsbedürftig ist.

GV Ing. Schweiberer: Zur Denkmalpflege: Als der Tourismusverband das Projekt „Stille-Nacht-Bezirk“ vorgestellt hat, hat es geheißen, dass der Verband die Kosten trägt. Wir sind damals so verblieben, dass die Gemeinde auch ihren Beitrag leistet.

Bürgermeister: Bei der Vorstellung war uns noch nicht bekannt, dass wir bei der Schlüsselzuweisung ein Minus von € 80.000,- erhalten. Aus diesem Grund ist auch das Projekt des Zivilschutzverbandes nicht mehr enthalten.

GV Ing. Schweiberer bedankt sich beim Amt für die geleistete Arbeit und die Vorstellung des Jahresvoranschlags. Für diese Gemeindevertretung wird es der letzte Voranschlag sein. Seiner Meinung nach wurden die Vorschläge der NOW nicht eingebracht, was der richtige Weg gewesen wäre.

*Anmerkung der Schriftführung: Nachfolgende Wortmeldung erging per Mail an das Amt und wird vollinhaltlich wiedergegeben“*

„Werte Kolleginnen und Kollegen, die ganze Zahlenklauberei mag mühsam beim Zusammenstellen, beim Vortragen und auch beim Zuhören sein. Vier Jahre Voranschläge, dazu Nachtragsvoranschläge, die ausschließlich Mehreinnahmen durch sprudelnde Steuergelder und Ertragsanteile ergaben. Die Vorschläge der NOW – Teile der nicht im Voranschlag vorgesehenen Mehreinnahmen zum vorzeitigen Schuldenabbau zu verwenden – wurden ausnahmslos abgelehnt. Es wäre der richtige Moment gewesen, um alte Schulden abzubauen und Spielraum für Phasen schlechter Konjunktur zu schaffen. Denn: In Phasen der Schwäche soll die Öffentliche Hand ein Defizit in Kauf nehmen, in Phasen der Hochkonjunktur Überschüsse erzielen (zum Schuldenabbau).

Dass die Zinsen in Zeiten der Konjunktur steigen, ist eine allgemein bekannte Tatsache.

Zum Vergleich: Schulden

Jahr	Schulden	Tilgung	Zinsen	Nettoaufwand
2007(mit Krankenhaus)	€13.400.000	€520.000	€490.000	€1.010.000
2009 (ohne Krankenhaus)	€11.700.000	€347.000	€581.000	€928.000

Zum Vergleich Haftungen:

Jahr	Schulden	Tilgung	Zinsen	Nettoaufwand
2007(mit Krankenhaus)	€11.000.000	€411.000	€350.000	€761.000
2009 (ohne Krankenhaus)	€11.800.000	€305.000	€538.000	€843.000

Steigerungen der Zinsen im „Nebenhaushalt“ Reinhaltverband, hier nur an der Pos. Beiträge Zinsen Reinhaltverband:

RECHNUNG 2007 – € 260.000, VORANSCHLAG 2009 – € 364.000, 40% Steigerung Nebenhaushalt „STEG“: € 467.000 (Jahreskosten € 54.500).

Das Krankenhaus wird uns verschwiegen, nach Aussage des Bürgermeisters gilt es, bestimmte Diskretionen einzuhalten. Zumindest in der Budgetklausur oder einer nicht öffentlichen Sitzung wäre es für mich als Gemeindevertreter interessant gewesen, wie die finanzielle Gebarung der neuen PPP-Gesellschaft aussieht. Immerhin besitzt die Stadt Oberndorf die Mehrheit der Gesellschaftsanteile.

Wenn es auch gesetzlich legal ist, sollte der Bürger doch ehrlicherweise über den tatsächlichen Schuldenstand einschließlich aller „Nebenhaushalte“ informiert werden.

Seit Jahren wird für die Infrastruktur im Stille Nacht Bezirk kein Euro aufgewendet (nur Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen). Geld für ein, ich weiß nicht mehr das wievielte Konzept, ist vorhanden. Für das Ergebnis brauche ich kein Orakel, es wird wie immer etwas herauskommen, das wir uns nicht leisten können.

Politisch anders lautende Meinungen wurden stets abgelehnt, teils populistisch, teils mit Aussagen, die an die Grenze der Fairness gingen.

Ich fühle mich dabei an einen Ausspruch des früheren deutschen Bundespräsidenten Gustav Heinemann über die zentralistische Entscheidungsfindung des CDU-Kanzlers Adenauer erinnert. Adaptiert auf Oberndorf könnte das Zitat lauten:

In Oberndorf möchte Bürgermeister Schröder einstimmige Beschlüsse fassen. Das heißt, er fasst den Beschluss und erwartet dann, dass die anderen zustimmen.

Ich würde auch gerne eine positivere Bilanz ziehen, doch wäre das Realitätsverweigerung, jene Art von Realitätsverweigerung, wie sie von der Mehrheitspartei weitgehend betrieben wird, letzthin mit Aufkeimen von lichten Momenten, aber weitgehend doch unter dem Einfluss der Droge Macht, einer Überdosis der Droge Macht.

Die positiven Aufzählungen verschickt die SPÖ ab und an selbst in Hochglanzbroschüren und anderweitigen mit Steuergeldern finanzierten Mitteilungsorganen. Also loben tun sie sich selber die SPÖ und der Herr Bürgermeister, diese Arbeit brauchen wir nicht auch noch zu übernehmen. Auch wenn die Mehrheit und der aufmerksame Beobachter zugeben muss, dass sich die NOW in Gemeindevertretungssitzungen öfter zustimmend über Vorschläge der Mehrheit äußert, als es dies umgekehrt von Seiten der Mehrheit für Vorschläge der NOW geschieht. Dies kann dreierlei Gründe haben: Entweder die Vorschläge der Opposition taugen nichts, was manchmal so sein kann, aber nicht immer so sein wird. Oder die Mehrheit erkennt die guten Warnungen, Ratschläge oder Vorschläge nicht bzw. die Mehrheit will sie nicht erkennen.

Den Preis für die Realitätsverweigerung zahlt nämlich nicht der Politiker sondern der Bürger. In diesem Sinne sind wir nicht bereit, diese Zeche für die Bürger mitzubeschließen. Dieser Voranschlag verdient es nicht, genehmigt zu werden.“

Bürgermeister: Ich nehme nicht an, dass du mich gemeint hast, mit „die Droge Macht auskosten“, denn Macht kann nur der ausüben, der sich auch hat. Hier in der Gemeindevertretung mit 25 Mitgliedern hat die SPÖ 9 Stimmen und es gibt demokratische Spielregeln mit denen Abstimmungsergebnisse erzielt werden. Was wir heute vorliegen haben, wurde seit 2004 mit Mehrheitsbeschluss von der Gemeindevertretung getragen. Was die Zinsen betrifft, so sprichst du von der Zeit vor 2004. Zu der von dir richtig genannten Summe von € 581.000,-- - hier hat z. B. nicht der Bürgermeister Macht ausgeübt. Bei den Bauabschnitten 07 und 08 hat es sich um zusätzliche Darlehensaufnahmen gehandelt, die das damals beauftragte Ingenieurbüro vergessen hat. Die Beschlüsse sind auch hier einstimmig erfolgt.

Zur Darlehenstilgung: Bitte nenne mir, welche Projekte nicht hätten durchgeführt werden sollen. Außerdem hat der Bürgermeister nicht allein unterschrieben, sondern es hat immer eines Gemeindevertretungsbeschlusses und der Unterschrift einer zweiten Person bedurft. Zu den Investitionen für den Stille-Nacht-Bezirk: Hier wurden vor allem infrastrukturelle Investitionen, wie z. B. Dachstuhl Alter Pfarrhof – eine der ersten Investitionen –, Kulturlehrpfad, Nordic-Walking-Weg etc., getätigt. Es handelt sich jedenfalls immer wieder um Maßnahmen, die wir größtenteils gemeinsam getragen haben, mit wechselnden Mehrheiten. Zum Krankenhaus: Es ist sicherlich nicht so, dass die Gemeindevertretung über die Tätigkeiten, die im Krankenhaus vollzogen werden, nicht informiert werden würde. In der letzten Krankenhausausschuss-Sitzung wurde durch Mag. Krünes das Budget vorgestellt, es hätten hier auch Fragen gestellt werden können. Du warst meines Wissens nach nicht anwesend. Mit den 51 % haben wir zwar den großen Anteil, gleichzeitig möchte ich aber sagen, die Entscheidungen können nur mit 75 % im Gesellschafterausschuss fallen. Das ist in der Rahmenvereinbarung so vereinbart, dass der eine den anderen nicht „überrollen“ kann. Zum Steg: Der Steg war ein Lieblingsprojekt von dir. Du wirst doch nicht jetzt gegen das Rückzahlen jener Gelder sein, wo wir froh waren, dass wir dieses Finanzierungssystem gemeinsam beschlossen haben, damit die Realisierung erfolgen kann. Diese Zahlungen müssen natürlich jetzt geleistet werden.

Stadtrat Dr. Weihs hält zu den Ertragsanteilen und der Betriebsausstattung folgendes fest: In der Zusammenfassung wird von € 4,86 Mio. ausgegangen. Wir haben einen Betrag von € 200.000,-- enthalten, die alle unter dem Begriff „Betriebsausstattung“ zusammengefasst sind. Es fällt uns auf, dass doch einige Unterschiede gegeben sind bei der Dotierung der einzelnen Beträge. Wie erklären sich diese Unterschiede, was ist z. B. „Betriebsausstattung“ und was bedeutet der Posten „Personalbetreuung“, der von 2008 auf 2009 erheblich steigt mit einer Summe von ca. € 3.000,--? Ist das ein Posten für alle gemeindeeigenen Betriebe?

Wolfgang Tajkovsky: Zu den Ertragsanteilen: Mitte des Jahres bekommen wir für ein halbes Jahr einen Ausgleich für die abgeschaffte Selbstträgerseite. Auf der Einnahmen-Seite ist dies brutto dargestellt, auf der Ausgaben-Seite ist die Zahlung ans Krankenhaus dargestellt. Das ergibt dann den Nettobetrag. Die Veranschlagung der Betriebsausstattung richtet sich nach den Bedürfnissen, die angemeldet werden. Diese werden dann weitestgehend eingearbeitet. Die Steigerung „Personal“ ist in der Personalvertretung begründet, wir teilen sehr stark dort zu, wo der Aufwand entsteht. Die ausgewiesenen € 1.300,-- sind Ersatz für Lohnkosten, die an anderen Stellen verrechnet werden.

GV Tutschka zum Wallfahrtsweg Maria Bühel: Wenn die Notwendigkeit der Sanierung nicht wegen des schlechten Zustandes sondern durch den Austausch der AZ-Leitung gegeben ist, verstehe ich den Betrag nicht, der im Voranschlag enthalten ist.

Bürgermeister: Es handelt sich nicht um eine Instandhaltung sondern um ein Bauvorhaben, das gesondert dargestellt wird.

Wolfgang Tajkovsky: Für die Sanierung der Straße gibt es GAF-Mittel. Hier handelt es sich um ein eigenes Projekt.

Dipl.-Ing. Kettl erklärt GV Tutschka die Zuordnung zum Straßenbau und die Geltendmachung von GAF-Mitteln.

1. Vizebgm. Danner: Alle Fragen wurden ausführlich beantwortet, dafür ergeht mein Dank an das Amt, vorweg an Wolfgang Tajkovsky und Doris Moßhammer. Es ist das letzte Budget dieser Funktionsperiode. Wir haben uns immer dazu bekannt, dass wir langfristige Infrastrukturinvestitionen auch langfristig finanzieren. Mich stört nur manchmal die Darstellung. Der Schuldenabbau ist aus unserer Sicht nicht ganz so gelungen. Wir stehen dazu und haben die Vorhaben auch mitbeschlossen und halten sie auch für sinnvoll. Jeder nutzt die Stadthalle und den Steg, der sich toll entwickelt.

Zurückgeschaut auf 2004: Schuldenstand rund € 13,1 Mio., davon ca. € 1,4 Mio. Krankenhaus-Darlehen, d. h. es waren damals rund 11,7 Mio., das entspricht etwa dem Schuldenstand zu Jahresanfang 2009.

Der zweite Punkt sind die Haftungen. Am Jahresanfang 2004 waren es knapp 10 Mio, derzeit stehen wir bei rund 12,6 Mio. Weiters: Die Dauerschuldverpflichtungen waren 2004 € 507.000,--, jetzt sind es € 928.000,-- ohne Steg (dann wären es € 967.000,--).

Die Rücklagen und Rückstellungen haben sich massiv verringert von € 443.000,-- auf € 96.000,--. Was mich erschreckt ist, dass wir trotz des Wegfalls der Krankenhausbelastungen nicht mehr Spielraum enthalten haben. Wir haben 2009 € 283.000,-- fürs Krankenhaus budgetiert. 2008 sind es etwa € 600.000,--. Rückblickend auf 2003 und 2004 kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen, woher das Geld damals kam mit jährlichen Belastungen von € 700.000,-- bis € 800.000,--.

Im Gegenzug dazu haben sich die Ertragsanteile und die eigenen Steuern positiv entwickelt, was einen bezüglich der geringen Beweglichkeit etwas erschreckt. Wir haben gegenüber 2004 eine Steigerung von etwa einem Drittel zu verzeichnen. Die eigenen Steuern haben sich um etwa 20 % erhöht. Leider – bedingt durch diese Entwicklung – haben wir nicht mehr Spielraum für Projekte, die wir schon lange aufschieben. Z. B. ist die Entwicklung im Kindergarten erschreckend, wir sind schon fast am Weg zum Gratiskindergarten.

Als Rückschau auf die Entwicklung der letzten fünf Jahre: Wir haben die großen Entscheidungen bewusst mitgetragen aus den vorher beschriebenen Gründen. Wir werden dem Budget 2009 unsere Zustimmung erteilen, obwohl wir die Entwicklung mit gewisser Sorge betrachten und wir eigentlich erhofft hätten, dass wir mit dem Wegfall der Betriebsführung des Krankenhauses mehr Spielraum im Budget bekommen.

Bürgermeister: Zum Thema „Gratiskindergarten“ ist zu sagen, dass dies rechtlich nicht möglich ist. Was die Entwicklung der Ertragsanteile betrifft, so ist dies nicht erfreulich. Die Rücklagen haben sich deshalb verringert, weil der Junger-Grund gekauft wurde. Wir haben damit Vermögen geschaffen, auch mit dem Ankauf der Schauer/Mild-Wiese. Zum Schuldenstand: 2004 war noch nicht alles aufgearbeitet, es sind noch einige Dinge zur Bereinigung angestanden (z. B. BA 08 und 09, Hauptschule etc.). Wir haben, was positiv ist, vom Bund viel Geld zurück bekommen, dadurch war dieses Ergebnis zu erzielen. Die Haftungen sind durch die Gebühren (z. B. Interessentenbeiträge Kanal) abgedeckt. Nur der Steg ist nicht durch Gebühreneinnahmen abgedeckt, dazu haben wir uns aber alle bekannt. Er bedeutet jedoch ein Wirtschaftswachstum für Oberndorf. Der Schuldenabbau wurde jedenfalls vorangetrieben. Es wurde über den Kanalbau hinaus auch sehr viel investiert, z. B. im Straßenbau.

Stadtrat Dr. Weihs: Wie erklärt sich die Kostensteigerung bei den Personalkosten?

Wolfgang Tajkovsky: Wir haben angenommen, dass die Lohnerhöhung 4,5 % beträgt.

GV Mayrhofer: Einige projektbezogene Anmerkungen: Beim Maria-Bühel-Weg denke ich, hier wurde die bestmögliche Variante der Finanzierung geschaffen. Der Weg ist in keinem guten Zustand. Die Beleuchtung der Schutzwege ist positiv zu vermerken. Hier ist im Budget Geld vorgesehen. Nach Abschluss dieses Projektes bitte ich über die Beleuchtung der Straße Richtung Pfadfinderheim und Tettenbacherstraße nachzudenken. Ich vermisse auch den Schulweg, wo schon seit einiger Zeit ein Projekt vorliegt; er fehlt mir auch im Mittelfristigen Finanzplan.

Bürgermeister: Es gibt ein Konzept über die Straßensanierungen. Die genannten Maßnahmen sind hier alle beinhaltet. Manche Projekte wurden immer wieder verschoben, doch es ist alles geplant und befindet sich im Konzept. Es gibt auch schon Kostenschätzungen und wir können jederzeit einreichen. Der Schulweg entfällt aufgrund der nicht zur Verfügung stehenden Bundesertragsanteile. Ich hätte dies für heuer geplant gehabt. Die Anregung mit der Tettenbacherstraße stimmt, diese ist noch nicht aufgenommen.

GV Stranzinger (Wiedergabe der schriftlich vorgelegten Wortmeldung):

„Wie jedes Jahr möchte ich auch heuer wieder allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtgemeinde Oberndorf danken. In erster Linie danke für das effiziente Arbeiten, für den Einsatz für unsere Stadt. Und danke dafür, dass wir Gemeindevertreter immer schnell und freundlich Auskunft erhalten und unsere nicht immer einfachen Anfragen und Anliegen meist mit viel Geduld ertragen und rasch beantwortet werden.

Und nun zum Jahresvoranschlag 2009:

Ein wichtiger Punkt, der unmittelbar Auswirkung auf die Bevölkerung hat und diese - gerade in der heutigen Zeit - massiv trifft, sind die Abgaben und Gebühren einer Gemeinde.

Im Vorschlag für den Haushaltsbeschluss für 2009, der zwar in einem gesonderten Tagesordnungspunkt behandelt wird, aber untrennbar mit dem Jahresvoranschlag verbunden ist, sind – bis auf wenige Ausnahmen – für das kommende Jahr keine Erhöhungen vorgesehen. Und das ist sehr erfreulich, aber keine Selbstverständlichkeit.

Bei den Gebühren und Abgaben, wo das Land Salzburg die Mindestsätze nicht erhöht hat, wird es auch in Oberndorf keine Erhöhungen geben. Wer in den letzten Monaten die Berichterstattung in den Gratismedien verfolgt hat weiß, dass wir bei den Wasser-, Kanal- und Müllgebühren im Quervergleich mit anderen Gemeinden im Land Salzburg im guten Mittelfeld oder eher im unteren Drittel der Gebühren liegen.

Nicht erhöht werden zum Beispiel die Friedhofgebühren, Wasser- und Kanalgebühren, eine leichte Erhöhung im Ausmaß von 2% ist bei den Müllabfuhrgebühren vorgesehen, in diesem Bereich werden durch die SAB veranlasste Gebührenerhöhungen angepasst.

Nicht vergessen möchte ich, dass auf unseren Vorschlag hin und dann mit Unterstützung aller anderen Fraktionen die Kindergartengebühren für das Jahr 2008/2009 gleich geblieben sind!

Im Bereich des Ordentlichen Haushaltes möchte ich besonders die für 2009 budgetierten 40.000,- Euro für die Pfadfinder hervorheben, die - wie viele andere Vereine - in ihrem Bereich eine vorbildliche Jugendarbeit leisten und deshalb auch von der Stadt eine ordentliche Unterstützung verdient haben. Für unsere Pfarrkirche haben wir – wie schon in den vergangenen Jahren – auch 2009 wieder einen Beitrag der Stadtgemeinde budgetiert, in Höhe von Euro 23.000,- für die Fassade. Des Weiteren sind im Bereich der Sonstigen Maßnahmen 23.000,- Euro für die Ferienaktion vorgesehen, die jedes Jahr von den Jugendlichen sehr gut angenommen wird und ein sinnvoller Beitrag der Stadtgemeinde zur Freizeitgestaltung darstellt.

Im Außerordentlichen Haushalt möchte ich besonders auf die geplanten Mittel zur Instandsetzung des Wallfahrtsweges nach Maria Bühel in Höhe von 135.000,- Euro hinweisen. Diese Maßnahme ist unbestritten notwendig und vervollständigt sozusagen die Erneuerung der Achse vom neu errichteten Europasteg und vom renovierten Nepomukdenkmal über die Kalvarienbergstiege bis zur Wallfahrtskirche Maria Bühel und wird unsere Stadt wieder um ein Stück schöner und attraktiver machen.

Ganz wichtig erscheinen uns auch die vorgesehenen Mittel für den Hochwasserschutz im Bereich Alt-Oberndorf, 2009 in Höhe von 100.000,- Euro. Hier bleibt zu hoffen, dass nach Umsetzung aller Maßnahmen endlich auch die Bewohner von Alt-Oberndorf nicht mehr vor jeder Hochwassersituation Angst haben müssen und von solchen Ereignissen wie 2002 verschont bleiben.

Daneben darf man aber nicht auf die vielen kleineren Maßnahmen und Vorhaben vergessen, die für die Oberndorfer Bevölkerung trotzdem wichtig sind, wie nur beispielsweise 10.000,- Euro für die Sicherung diverser Fußgängerübergänge.

Zur Verwirklichung all dieser geplanten Maßnahmen sind natürlich die Bundesertragsanteile maßgeblich, leider ist die Steigerung auf Grund der geänderten Berechnungsbasis nicht so hoch ausgefallen wie erhofft. Dieser wertmäßig größte Einnahmenteil im Ordentlichen Haushalt macht für 2009 3,547 Millionen Euro aus, die Einnahmen aus der Kommunalsteuer werden 1,000.000,- Euro betragen.

Trotz der vorgesehenen Investitionen und Maßnahmen werden sich die Schulden im Jahr 2009 um knapp 350.000,- Euro verringern, es ist keine Aufnahme neuer Darlehen geplant. Damit ist es gelungen, die Schulden von 2004 bis 2009 um insgesamt 3,2 Mio. Euro zu senken, Stand zu Beginn des Jahres 2004 14,6 Mio., geplanter Stand mit Ende 2009 11,4 Mio. Euro.

Viele Maßnahmen und Vorhaben der letzten Jahre sind schon in Vergessenheit geraten, darum habe ich mir angeschaut, welche Ausgaben wir seit 2004 inkl. Budget 2008 und 2009 getätigt und geplant haben. Hier möchte ich nur einen kleinen Auszug daraus anführen. Da waren zum Beispiel Ausgaben für die Feuerwehr in Höhe von Euro 149.000,-, Umbau Hauptschule netto 767.000,-, Betrieb Hauptschule 313.000,-, Polytechnikum 238.000,-, Kindergärten und Krabbelstube 100.000,-, Sportsubventionen 390.000,- (davon für OSK 186.000,- und Turnverein 105.000,-), Jugendbetreuung 142.000,-, Sonstige Subventionen 473.000,- (Pfarramt 240.000,-/ Pfadfinder 71.000,-/ Stadtmusik 38.000,-)Bücherei 76.000,-, Grundkäufe – Junger-, Schauerwiese, Strasser-Grund gesamt 1,672.000,-, Nettokosten Straßenbau inkl. Budget 2009 Euro 2,4 Mio., Friedhof 70.000,-, Wasserversorgung 160.000,- und vieles mehr. Die Gesamtsumme beträgt immerhin knapp 7,9 Mio. Euro. das sind in Schilling umgerechnet knapp 109 Millionen.

Bürgermeister Peter Schröder hat im Jahr 2004 zum Amtsantritt einen Haushalt übernommen, den man – vorsichtig ausgedrückt – keineswegs als vorbildlich bezeichnen konnte. In den ersten Monaten seiner Amtszeit musste er zuerst einmal etliche Altlasten sanieren und diverse Probleme aus der Vergangenheit beseitigen. Alle von mir vorhin zitierten Maßnahmen und Projekte konnten nur verwirklicht werden, weil Bürgermeister Schröder keine Zusagen ohne Gemeindevertretungsbeschlüsse macht, weil er alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zur Mitfinanzierung ausschöpft, weil er für sämtliche förderbaren Projekte um GAF-Mittel ansucht und auch keines vergisst. Und weil er innovativ denkt und mit seinem engagierten Team effektiv und zielorientiert für die Zukunft unserer Stadt arbeitet.

Ein gutes Beispiel dafür ist die KH-Finanzierung, die er maßgeblich durch die Einführung des PPP-Modells zur Betriebsführung auf eine solide Basis gestellt hat, wo die erwarteten Ausgaben endlich auch planbar und überschaubar sind und wo sich unsere Stadt nicht zuletzt eine Menge an finanziellen Mitteln erspart hat – man denke nur an den in den letzten Jahren explodierenden zusätzlichen Rechtsträgeranteil. Dadurch konnte auch der Standort des Krankenhauses Oberndorf langfristig abgesichert werden, nebenbei werden auch noch mittelfristig 60 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden – ein wohl mehr als positives Signal in einer von Restrukturierung, Stellenabbau und Arbeitsplatzverlust geprägten Zeit.

Ein weiteres Beispiel ist die Errichtung des Europasteges. Zum Zeitpunkt des Baues war bekanntlich eine Schuldenaufnahme nicht möglich; mit der Idee einer Leasingfinanzierung und mit Hilfe von EuRegio-Mitteln konnte das von allen geforderte Projekt letztlich doch noch umgesetzt werden.

Oder die Einführung der Verwaltungsgemeinschaft für die Seniorenwohnhäuser Oberndorf und Bürmoos, eine neue Form der Führung von Senioreneinrichtungen, auch dort werden durch Synergien finanzielle Mittel eingespart. Und so gibt es noch viele Beispiele, die zeigen und bestätigen, wie sich Oberndorf in den letzten Jahren weiterentwickelt hat. Von einer Stadtgemeinde, die vor nicht allzu langer Zeit unter Aufsicht der Gemeindeabteilung gestanden ist – hin zu einer Stadt mit einem ausgeglichenen Haushalt und einer steigenden freien Budgetspitze, die einen wichtigen Handlungsspielraum für zukünftige Projekte bietet und eine Zukunft mit Perspektive ermöglicht.

Der Jahresvoranschlag 2009 ist – wie auch die Budgets der vergangenen Jahre – ein gutes Beispiel für zukunftsorientiertes und seriöses Arbeiten für unsere Stadt ohne Anwendung von höchst riskanten Finanzierungsvarianten und Veranlagungsstrategien, wie es leider in anderen Gemeinden – auch im Land Salzburg – anscheinend üblich war. Wie man sieht, hat sich

diese Seriosität letztlich ausgezahlt – zum Wohl unserer Stadt und der Oberndorfer Bevölkerung. Selbstverständlich stimmen wir dem Jahresvoranschlag zu.“

Stadtrat Dr. Weihs: Danke für die Arbeit, verbunden mit nur einer kleinen Kritik! Wir stimmen dem Budget selbstverständlich zu. Wir stimmen den Investitionen zu mit einer Einschränkung: Von der Sanierung des Maria-Bühel-Weges sind wir nicht überzeugt. Wenn es Konzepte gibt, warum kennen wir sie nicht? Ich denke, wir sollten mehr Informationen über den Außerordentlichen Haushalt haben. Wir erwarten uns das für die nächsten Bauausschusssitzungen und hätten gerne eine Reihung, was Priorität hat.  
Zum Bürgermeister gewandt: Du schaust auf die Finanzen, als wäre es dein eigenes Geld und du bemühst dich in diesem Bereich sehr. Vielleicht fehlt manchmal ein wenig die Lust auf Kreativität, aber ansonsten.....!

Bürgermeister Schröder hält dazu schmunzelnd fest: Ich erwarte mir, dass die Grünen diese Lust auf Kreativität bei mir wecken! Doch, wie Wolfgang Stranzinger beschrieben hat, ein wenig Kreativität ist schon vorhanden, denn ich habe ja auch kreative Mitarbeiter im Amt, die mich auf manche Dinge aufmerksam machen.

Zu deiner Kritik bezüglich der Auflistung der Straßenbaumaßnahmen, diese Liste gibt es, sie wird monatlich überarbeitet, doch die Prioritäten ändern sich laufend. Im Mittelfristigen Finanzplan ist enthalten, welche Vorhaben in der nächsten Zeit getätigt werden müssen, sie sind auch im Jahresvoranschlag enthalten. Es gibt viele Projekte, die durchgeführt werden müssen, auch solche, wo viele ergänzende Maßnahmen zu setzen sind, weil sich z. B. Straßen und Grundflächen im Privatbesitz befinden. Ich habe der Gemeindevertretung noch nie Informationen vorenthalten und denke, dass kaum jemand so umfassend informiert wie ich. Was den Maria-Bühel-Weg betrifft, so hätte ich diese Frage auch schon bei der Budgetklausur im November beantworten können. Doch, das ist nicht aufgefallen, ist auch in Ordnung so. Ich stehe natürlich jederzeit für Fragen zur Verfügung. Für dein Lob, Patrick, bedanke ich mich!

GV Gönitzer: Ich möchte zur Wortmeldung von Hans Schweiberer bezüglich der Machtausübung etwas anmerken. Wenn ausgerechnet Hans Schweiberer von Machtausübung spricht, ist dies sicher fehl am Platz. Wenn ich mir die Zusammensetzung der Gemeindevertretung ansehe, ist eine Machtausübung – von wem auch immer – überhaupt nicht möglich, weil alle Beschlüsse ausführlich diskutiert werden und Mehrheiten bedürfen. Es würde auch dazu gehören, dass Informationen zurückgehalten werden und diese nur einseitig fließen. Ich möchte diese Wortwahl „Machtausübung“ zurückweisen. Es hat nie so viele Informationen und so viel Transparenz wie in dieser Gemeindevertretung gegeben.

GV Ing. Schweiberer: Nur ein Beispiel dafür: Heute entscheiden 4 SPÖ-Vertreter darüber, dass 500 Oberndorfer unterschrieben haben. Wenn man dies nicht als Machtausübung werten kann!

Bürgermeister: Dieser Beschluss der Gemeindewahlbehörde beruht auf einer Vorbereitung des Amtes und ist nicht in den Gedanken der Gemeindewahlbehörde entstanden. Es wurde eine Stellungnahme ausgearbeitet, über die die Gemeindewahlbehörde zu entscheiden hatte.

GV Ing. Schweiberer: Es wurde nur eine Rechtsmeinung der Abteilung 11 eingeholt und sonst nichts, keine Empfehlung. Zwischen Rechtsmeinung und Empfehlung ist ein Unterschied. Es hätte noch eine weitere, eine dritte Instanz gegeben, doch dieser Weg wurde nicht beschritten, weil die Verfahrensdauer bei drei Jahren liegt. Du sollst dich jetzt nicht aus dieser Situation herausschummeln und sagen, der Hinweis wäre von oben gekommen.

Bürgermeister: Ja, es wurde von der Abteilung 11 eine Rechtsmeinung eingeholt, auf deren Grundlage eine Stellungnahme vorbereitet wurde. Die Gemeindewahlbehörde hat darüber

entschieden, niemand hat etwas von entscheiden müssen gesagt. Es handelt sich hier um eine Meinungsbildung. Was diese zitierte dritte Möglichkeit betrifft, so ist das euer Problem, nicht das der Gemeindewahlbehörde.

Stadtrat Prem: Zu deinem Angriff auf unseren Fraktionsobmann Hans Schweiberer, er hätte es versäumt, im Krankenhaus-Ausschuss Fragen zu stellen. Ich habe mir das Protokoll durchgelesen. Es ist weder etwas über Finanzen zu lesen, noch über Bilanzierungen und Voranschläge.

Bürgermeister: Ich lag zum Zeitpunkt der Krankenhausausschuss-Sitzung mit Grippe im Bett. Mir wurde berichtet, es hätten jedenfalls Fragen gestellt werden können, auch zur Finanzierung. Es wurde auch auf die finanzielle Gebarung eingegangen.

GV Dr. Weiß zur Hans Schweiberer: Diese Kritik an der mangelnden Information verwundet mich. Bei der in den Verträgen festgelegten Besetzung des Gesellschafterausschusses hätten ja auch die kleineren Parteien der GV die Möglichkeit gehabt, einen der 4 Vertreter der Gemeinde für sich zu reklamieren. Dass das damals nicht einmal gefordert worden ist, habe ich nicht verstanden. Wer im Gesellschafterausschuss sitzt, hat alle Informationen. Aber natürlich tragen diese Personen auch Mitverantwortung.

Stadtrat Prem: Ich fasse zusammen: Nur drei Personen haben Einblick und alle anderen dürfen nichts wissen. Ist das so?

GV Dr. Weiß: Es wurden letztendlich alle Beschlüsse und Entscheidungen zum Weg eines PPP-Modells für das Krankenhaus geteilt. Ich habe mich davon überzeugen lassen, obwohl ich ursprünglich auch nicht überzeugt war. Man muss sich ansehen, wie derzeit die Landeskrankenanstalten da stehen. Es war eine extrem wichtige Entscheidung und hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen die größte Entscheidung, die der Rechtsträger in diesem Gremium jemals getroffen hat. Es war eine wichtige und richtige Entscheidung für Oberndorf.

2. Vizebgm. Feichtner: Ich bitte, die Anwesenheitsliste der zitierten Sitzung vorzulesen.

Stadtrat Prem verliest die Anwesenden.

2. Vizebgm. Feichtner: Ihr habt die Krankenhausausschuss-Sitzung damals in einer GV-Sitzung beantragt und dann war von euch keiner da.

Bürgermeister: Es hat eine Rahmenvereinbarung für das PPP-Modell gegeben, die einstimmig beschlossen wurde. Darin sind alle Dinge geregelt, auch die Zusammensetzung des Gesellschafterausschusses. Es ist nicht die richtige Stelle, sich jetzt negativ zu äußern. Ich darf nunmehr über das Budget abstimmen lassen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Jahresvoranschlag 2009 zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): 20 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen (NOW).**

*Die Herren Mag. Klösch und Dr. Ramsauer verlassen die Sitzung.*

## **8. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Jahresvoranschlag 2009**

Folgender Amtsbericht (Aufstellung) der Finanzverwaltung liegt vor:

	<b>Ausgaben</b>		<b>Einnahmen</b>
<b>Hauptschule</b>			
Betriebskosten	140.500		
Nahwärme	80.000		
Zinsen an Gemeinde Oberndorf	24.000		
Miete Hauptschule			183.200
Miete Bauhof			23.700
Miete Volksschule			16.500
Miete SPZ			8.600
Miete Stadthalle			12.500
Summe Hauptschule	244.500		244.500
<b>Neubau HAK/HASCH/POLY</b>			
Investitionen	800.000		
Bundesmittel			520.000
GAF Mittel			137.200
Gemeindebeiträge			142.800
Summe Polytechn. Schule	800.000		800.000
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.044.500</b>		<b>1.044.500</b>

Stadtrat Dr. Weihs: Wodurch ergibt sich die Steigerung der Gaskosten?

Wolfgang Tajkovsky hält fest, dass die Kosten für 2008 offensichtlich zu niedrig veranschlagt wurden. Er erläutert die Heizkosten im Detail.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Jahresvoranschlag 2009 der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

## **9. Haushaltsbeschluss 2009**

Der Haushaltsbeschluss für das Rechnungsjahr 2009 lag den Fraktionen zum Studium vor. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Haushalt nur in den Bereichen Müllabfuhrgebühr (Vorgabe der SAB) und Seniorenwohnhaus (Vorgabe der Sozialhilfe) erhöht.

Stadtrat Prem: *(Anmerkung der Schriftführung: Nachfolgender Text wurde digital übermittelt und wird im Volltext wiedergegeben!)*

„Die NOW stimmt dem Haushalt 2009 zu! Es ist äußerst erfreulich, dass auf Drängen der NOW im Haushalt 2009 für die Oberndorfer Bürgerinnen und Bürger etwas in Bewegung geraten ist. Ein teilweiser Gebührenstop kurz vor Weihnachten ist für die Oberndorfer Bevölkerung ein kleines Geschenk. Leider haben die Oberndorferinnen und Oberndorfer mit den Haushalten nur alle 5 Jahre Weihnachten, eben kurz vor anstehenden Wahlen. Wir, die NOW, werden uns weiter bemühen, die Haushalte und Finanzen der nächsten Jahre so zu gestalten, das jedes Jahr ein kleines Weihnachtsgeschenk für die Oberndorferinnen u. Oberndorfer seitens der Gemeindevertretung bereit liegt.“

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Haushalt 2009 der Stadtgemeinde Oberndorf zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

## **10. Stellenplan 2009**

### **a) Allgemein**

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Im Stellenplan Allgemein sind folgende Dienststellen der Stadtgemeinde beinhaltet:

Stadtamt  
Bibliothek  
Regionalverband  
Volksschule  
Volksschule – Tagesheim  
Volksschule – Aufsicht  
Sonderpädagogisches Zentrum  
Sonderpädagogisches Zentrum – Tagesheim  
Sonderpädagogisches Zentrum – Aufsicht  
Hauptschule – Aufsicht  
Polytechnische Schule  
Polytechnische Schule – Aufsicht  
Kindergarten I  
Kindergarten II  
Kindergarten III  
Krabbelstube  
Bauhof  
Abfallentsorgungshof  
Musikschule  
WC-Anlagen

Gegenüber dem Stellenplan des Jahres 2008 gibt es keine Änderungen. Der Stellenplan lag im Fraktionsordner auf.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Stellenplan Allgemein für das Jahr 2009 zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (23 GV anwesend, Stadtrat Prem war nicht im Sitzungszimmer):  
Wird einstimmig beschlossen.**

### **b) Seniorenwohnhäuser**

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Gegenüber dem Stellenplan 2008 sind folgende Erhöhungen vorgesehen:

Seniorenwohnhaus Oberndorf

Tagesbetreuung/Fachkraft

1 Planstelle mit 100 %

Seniorenwohnhaus Bürmoos

Fachkraft

2 Planstellen mit 100 %

Derzeit sind in beiden Häusern 85 Dienstnehmer bei einem Vollzeitäquivalent von 70,7750 beschäftigt (Stand 28.11.2008).

Der Stellenplan lag im Fraktionsordner auf.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Stellenplan Seniorenwohnhäuser für das Jahr 2009 zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (23 GV anwesend, GV Mayrhofer war nicht im Sitzungszimmer):  
Wird einstimmig beschlossen.**

### **c) Krankenhaus**

Folgender Amtsbericht liegt vor:

In der Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED Management und Service GmbH & Co KG wurde die Personalbeistellung des bei der Stadtgemeinde Oberndorf im Krankenhaus beschäftigten Personals geregelt. Die Stadtgemeinde Oberndorf hat dazu mit der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft m. b. H. einen Personalbeistellungsvertrag abgeschlossen. Alle mit Stichtag 31.03.2008 bei der Stadtgemeinde Oberndorf angestellten Mitarbeiter werden weiterhin im Stellenplan der Stadtgemeinde Oberndorf bis zu ihrer Beendigung des Dienstverhältnisses geführt. Mit der Abteilung 11 wurde vereinbart, dass zur besseren Übersicht der Stellenplan in den nächsten Jahren in seinem ganzen Umfang weitergeführt werden soll. Ausgeschiedene Dienstnehmer bzw. frei werdende Dienstposten sind mit N. N. zu kennzeichnen.

Der Stellenplan lag im Fraktionsordner auf.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Stellenplan Krankenhaus für das Jahr 2009 zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Mayrhofer und GV Ing. Schweiberer waren nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.**

## **11. Mittelfristiger Finanzplan**

Eine Zusammenstellung des Mittelfristigen Finanzplanes für die Jahre 2010 bis 2013 lag den Fraktionen im Sitzungsordner vor.

Wolfgang Tajkovsky erläutert an Hand dieser vorliegenden Aufstellung nochmals die einzelnen Positionen. Der laufende Mittelfristige Finanzplan baut auf dem des Vorjahres auf.

1. Vizebgm. Danner: Ich denke, dass der Steigerungsansatz der Ertragsanteile mit 4 % pro Jahr etwas optimistisch ist. Zwei Dinge fehlen mir, vor allem ein großer Teil. Es rückt das Ende des Pachtvertrages des Sportplatzes näher. Wir müssen uns entscheiden, ob wir dort bleiben oder etwas anderes suchen müssen, weil Investitionen notwendig sind. Da müssen wir rechtzeitig überlegen. Weiters müsste man aus meiner Sicht über die Beleuchtung auf der Dammstraße zwischen Kindergarten und Steg nachdenken.

Bürgermeister: Was den Steigerungsbetrag betrifft, so warten wir auf das Ergebnis der Ausgaben 2009. Wir glauben, dass dies zu erreichen ist. Wir sind bevölkerungsmäßig nicht gewachsen und daher gehören wir zu den Verlierern beim Erhalt der Ertragsanteile. Zum Sportplatz: Hier habe ich mit Herrn Wolf bereits mehrere Gespräche geführt. Wir haben uns auch über einen anderen Standort Gedanken gemacht. Es ist klar, dass wir uns dieser Sache annehmen müssen, um ab einem gewissen Zeitraum auch Rücklagen bilden zu können. Vielleicht sollte man einen anderen Standort finden. Was die Dammstraßenbeleuchtung betrifft, so sind hier hohe Kosten zu erwarten. Beim Bau der Überleitung haben wir jedoch bereits ein zusätzliches Kabel gelegt, um allenfalls Maßnahmen setzen zu können.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den vorliegenden Mittelfristigen Finanzplan zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

## **12. Volksschule – Sanierung Turnsaal; Beauftragung Planungsleistungen und örtliche Bauaufsicht inkl. Baukoordination**

- *GV Ing. Bruckmoser verlässt aus Befangenheitsgründen das Sitzungszimmer, somit sind 23 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Da die Sanierung des Turnsaales der Volksschule im Sommer nächsten Jahres durchgeführt werden soll, ist es notwendig, die Planungsleistungen samt Örtlicher Bauaufsicht und Baukoordination zu beauftragen. Die erforderliche Ausschreibung wurden durchgeführt. Als Bestbieter wurde das Technische Büro Ing. Johann Bruckmoser aus Oberndorf mit einer Angebotssumme von netto € 17.592,- ermittelt. Der Vergabevorschlag mit Preisspiegel liegt vor. Die Beauftragung erfolgt durch die Stadtgemeinde Oberndorf.“

GV Petzlberger bemerkt, dass im Ordner zwei Angebote von Hannes Bruckmoser waren.

Dipl.-Ing. Müller: Das ist korrekt. Wir haben drei Angebote eingeholt und haben mit Herrn Bruckmoser nachverhandelt. Dies ist rechtlich gedeckt, denn wir befinden uns im Direktvergabebereich unter € 40.000,-. Überdies bleibt der Auftrag im Ort.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Beauftragung des Technischen Büros Ing. Johann Bruckmoser mit den Planungsleistungen und der Örtlichen Bauaufsicht samt Baukoordination mit einer Auftragssumme von netto € 17.592,- gemäß vorliegendem Vergabevorschlag durch die Stadtgemeinde Oberndorf zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.**

- *GV Ing. Bruckmoser betritt wieder das Sitzungszimmer und es sind daher 24 GV anwesend.*

### 13. Änderung des Räumlichen Entwicklungskonzeptes im Bereich Watzmannstraße / Alte Landstraße

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Verfahrensschritte (gem. § 13 ROG 1998) und Gutachten: Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Durch die Nachbargemeinden wurden keine fachlichen Einwendungen erhoben.

Die positive Stellungnahme der Aufsichtsbehörde, Abt. 7, Raumplanung, vom 01.08.2008 liegt dem Akt bei. Die Empfehlungen gemäß Punkt I. waren bereits Teil der Vorgaben für den Architektenwettbewerb und werden in der weiteren Planung berücksichtigt. Das Siegerprojekt, welches Mitte November ermittelt worden ist, belässt im Norden sehr viele Freiflächen. Diese können daher in der weiterführenden Detailplanung landschaftsplanerisch gestaltet und gegenüber der bisherigen Nutzung aufgewertet werden.

Ein Einspruch wurde von Frau Mag. Ives-Strasser mit Eingabe vom 30.05.2008 eingebracht und von 13 Bürgern mitunterfertigt. Zum Einwand, dass die Begründung zur REK-Änderung mit dem gültigen Raumordnungsgesetz nicht in Einklang zu bringen ist, wird auf die positive Stellungnahme der Fachabteilung 7, Raumplanung, vom 01.08.2008, Pkt. 9.1, verwiesen. Betreffend des Einwandes, dass durch das großvolumige Bauvorhaben im Hochwasserfall der natürliche Abzug nicht mehr gegeben sei und auch die zur Verfügung stehenden Auffangflächen für Hochwasser verbaut seien, kann auf die positive Stellungnahme der Wasserwirtschaft, unter Pkt. 3. der Stellungnahme der Raumplanung, verwiesen werden. Zum Einwand betreffend einer Alternativlösung bzw. eines anderen Standortes ist festzuhalten, dass dieses Thema ausführlich in zahlreichen Gemeindevertretungssitzungen behandelt worden ist und auch in der ausführlichen Befassung kein geeigneterer, verfügbarer Standort gefunden werden konnte.

Eine Umweltprüfung gemäß § 4 ROG 98 wird im Verfahren zur Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes durchgeführt.

Des Weiteren wird auf die zusammenfassende Stellungnahme der Abt. 7 vom 01.08.2008 verwiesen. Es kann daher der Gemeindevertretung die Abänderung des REK im Bereich Watzmannstraße / Alte Landstraße (Schulzentrum) zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Dipl.-Ing. Müller erläutert den Verlauf des Verfahrens.

GV Dr. Voggenhuber: Ist es möglich, dass man die Änderung nur auf den Bereich der zu bebauenden Fläche eingrenzt und den Rest nicht als REK-Änderung beschließt?

Dipl.-Ing. Müller: Wir errichten auf diesen Flächen die Parkplätze und schulische Freiflächen, und das gehört in das Planungsgebiet. Es würde nur ein kleiner Keil übrig bleiben, da wäre es möglich. Es ist jedoch nicht sinnvoll, diesen kleinen Teil als Erholungsgebiet auszuweisen.

GV Dr. Voggenhuber: Ist in diesem Teil ein Hartplatz geplant?

Bürgermeister: Es ist ein Auftrag, dass er eingeplant wird.

1. Vizebgm. Mag.(FH) Danner: Über die Eignung der Fläche als Baufläche wurde ausführlich diskutiert. Ich werde dem nicht zustimmen, da sich meine Meinung diesbezüglich nicht geändert hat, das Projekt entspricht nicht den Vorgaben.

Bürgermeister: Ich wundere mich über diese Wortmeldung, denn du hast gesagt, du würdest mitarbeiten. Sollten sich deiner Meinung heute mehrere Gemeindevertretungsmitglieder anschließen, kann das Schulbauprojekt nicht umgesetzt werden. Die Flächenwidmungsplanänderung zu verhindern sollte nicht Taktik sein! Es hat demokratische Abstimmungen gegeben, der Bund hat seine Vorleistungen gemacht, der Architektenwettbewerb ist abgeschlossen –

und ich denke an die Wirtschaftlichkeit. Eine derartige Taktik halte ich nicht für in Ordnung und jeder muss die Folgewirkungen verantworten.

1. Vizebgm. Mag.(FH) Danner: Es wird auch heute eine demokratische Abstimmung geben und ich habe meine Meinung über den Bauplatz nicht geändert. Ich nehme trotzdem an, dass beschlossen wird. Ich habe auch beim Architektenwettbewerb gesagt, dass das Siegerprojekt möglicherweise eines der geringen Übel, nicht jedoch mein Wunschprojekt ist.

Bürgermeister: Ich appelliere an dich in deiner Verantwortung als Vizebürgermeister den Gemeindefinanzen gegenüber. Es könnte der Gemeinde durch diese Haltung erheblicher Schaden entstehen.

Stadtrat Prem: Die NOW schließt sich der Umwidmung nicht an. Wir stellen für dieses Bauwerk ein schlechtes, minderwertiges Grundstück zur Verfügung, das dafür nicht geeignet ist. Die Fachleute sind sich bei den eingereichten 17 Projekten einig, dass das nunmehrige Siegerprojekt auch wirklich das beste ist. Das Projekt ist sicherlich nicht schlecht, doch der Platz ist dafür nicht geeignet. In den Machbarkeitsstudien steht dies klar geschrieben. Es ist nur machbar dort, doch was heißt das? Ich bin gespannt, wie man das den Bürgern erklärt und möchte nicht in der Haut derer stecken, die heute diese Umwidmung beschließen. Ich ersuche, heute vernünftig zu sein und die Grundstücke, die wir haben, zu prüfen. Dies ist ein schlechtes Grundstück.

Stadtrat Dr. Weihs: Meine Kritik äußere ich daran, dass man Konzepte erstellt und diese dann aufgrund eines Anlasses so umwerfen kann. Ich weiß, wir haben keine andere Wahl. Ich werde trotzdem bei der Abstimmung hinausgehen.

GV Ing. Schweiberer: Mich stört nur der vorletzte Absatz im Amtsbericht, wo es heißt „zum Einwand betreffend einer Alternativlösung bzw. eines anderen Standortes ist festzuhalten, dass dieses Thema ausführlich in zahlreichen Gemeindevertretungssitzungen behandelt worden ist und auch in der ausführlichen Befassung kein geeigneterer, verfügbarer Standort gefunden werden konnte“. Ich möchte feststellen, das entspricht ganz einfach nicht den Tatsachen.

Bürgermeister: Ich hätte mir gedacht, dass von den Mitgliedern der Gemeindevertretung demokratisch erzielte Ergebnisse zur Kenntnis genommen und mitgetragen werden. Einzelne Wortmeldungen wurden auch in diese Richtung geäußert. Es gibt hier für jeden einzelnen Gemeindevertreter die Verantwortung dem Budget gegenüber und ich bitte, diese auch wahrzunehmen. Bei einer Ablehnung würden erhebliche Kosten anfallen, die den Haushalt unserer Stadt über Gebühr beanspruchen würden. Die Handelsakademie würde in einer anderen Gemeinde gebaut werden, das hat der Bund klar zum Ausdruck gebracht. Daher bitte ich nochmals, Vernunft walten zu lassen.

Stadtrat Prem: Auch wenn es Kosten verursachen würde, es ist sicher besser, man lenkt jetzt ein.

2. Vizebgm. Feichtner: Das heißt also, dass Dietmar Prem, Hannes Danner und gewisse Gemeindevertreter dafür sind, dass die HAK in Oberndorf nicht gebaut wird?

Bürgermeister: Es geht nicht um den Standortfrage, denn wo anders ist der Schulbau nicht leistbar. Das Grundstück, welches noch zur Verfügung stehen würde, das können wir uns nicht leisten, darüber haben wir lange diskutiert. Jeder, der jetzt den Schulbau verzögert, hat die Verantwortung dafür, dass die HAK in Oberndorf nicht gebaut wird und stellt damit den Schulbau in Oberndorf in Frage. Das halte ich jetzt dezidiert fest.

1. Vizebgm. Mag.(FH) Danner: Fangen wir nicht wieder die Diskussion vom Sommer an. Ihr kommt mit der Aussage hinsichtlich der Kosten, die offensichtlich nicht stimmt. Aber führen wir das einfach ab und lasst jetzt einfach abstimmen.

Bürgermeister Schröder stellt fest, dass er jetzt abstimmen lässt.

- *Stadtrat Dr. Patrick Weihs und GV Josef Hagmüller verlassen daher das Sitzungszimmer, somit sind 22 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

Bürgermeister Schröder stellt den **Antrag, die Änderung des Räumlichen Entwicklungskonzeptes im Bereich Watzmannstraße / Alte Landstraße (Schulzentrum) gem. § 13 Abs. 5 ROG 1998 zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend): 14 Stimmen für die Abänderung des REK im Bereich Schulzentrum Watzmannstraße/Alte Landstraße (SPÖ-Fraktion mit 9 Stimmen, Grüne mit 2 Stimmen, Stadtrat Ing. Bruckmoser, GV Neumeier, GV Dr. Weiß – ÖVP), 8 Stimmen dagegen (1. Vizebgm. Mag.(FH) Danner, Stadträtin Schick, GV Mayrhofer, GV Stampfer – ÖVP, NOW mit 4 Stimmen).**

Bürgermeister Schröder bedankt sich bei denjenigen, die dafür gestimmt haben, denn sie haben durch ihre Haltung Schaden von der Stadtgemeinde abwenden können. Es wurde über Monate gearbeitet und wurden demokratische Ergebnisse erzielt. Dass Vizebürgermeister Danner, der beim Architektenwettbewerb dabei war und in zwei Sitzungen gesagt hat, er würde das Projekt jetzt mittragen, nun versucht, bei der Flächenwidmungsplanänderung noch einmal alles zu unternehmen, um das Projekt zum Scheitern zu bringen, sei für ihn befremdend. Er hätte sich das von ihm nicht gedacht und gemeint, er würde als Vizebürgermeister mehr Verantwortung zeigen.

GV Stampfer hält fest, dass der Schulneubau an der Leopold-Kohr-Promenade liegt, der auch im nächsten Jahr seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte. Mann sollte doch zumindest seine Meinung äußern können. Es ist nicht gesagt, dass ein finanzieller Schaden entsteht, vielleicht wäre er kleiner, wenn wir keinen Pfahlbau machen müssen. Das hier so festzustellen, und dann hinauszugehen und zu sagen, es wurden Kosten gespart – das steht noch gar nicht fest.

Bürgermeister Schröder entgegnet, dass dies jedenfalls so sein wird. Wenn sie sich eingehend mit den Projekt beschäftigt hätte, wüsste sie, dass nach einem langen Prozess dieses Projekt auserkoren wurden. Und es liegen – wie oftmals festgehalten – der Entscheidung demokratische Abstimmungen zu Grunde.

- *Die Gemeindevertreter Dr. Weihs und Hagmüller kehren ins Sitzungszimmer zurück, somit sind wieder 24 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

## **14. Betriebsvereinbarung Spitalsärzte**

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Zwischen der Gemeinnützigen Oberndorf Krankenhausbetriebsgesellschaft m. b. H. und den Spitalsärzten ist analog der letzten Jahre eine Betriebsvereinbarung über die Wochenarbeitszeit, tägliche Arbeitszeit und verlängerte Dienste abzuschließen. Im Zuge der Verlängerung der Betriebsvereinbarung wurde der nachfolgende Punkt verändert:

### **V. Pensionsregelung**

Die Pensionsregelung (0,75 % des Bruttomonatsgehaltes für Ärzte ab Jahrgang 1963) wird ab 2010 umgesetzt.

Die Dauer der Vereinbarung ist mit 31.12.2009 befristet und tritt mit diesem Datum, ohne dass es eines gesonderten Aktes bedarf, zu Gänze außer Kraft. Die Stadtgemeinde Oberndorf hat gem. der Rahmenvereinbarung für das beigestellte Personal als Dienstgeber diese Vereinbarung zu beschließen. Allfällige mit der Vereinbarung verbundene Kosten trägt die GOK.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die vorliegende Betriebsvereinbarung mit den Oberndorfer Spitalsärzten zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (21 GV anwesend – GV Tutschka, 1. Vizebgm. Mag.(FH) Danner und GV Dr. Voggenhuber waren nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.**

## 15. Änderung Ärztedienstordnung

Laut Mag. Krünes und Mag. Reisinger wurde diese Änderung mit der Abteilung 11 des Landes abgestimmt.

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Im Zusammenhang mit der Neuverhandlung der Betriebsvereinbarung und der thematisch damit verbundenen Ärztedienstordnung wurde durch die Gemeinnützige Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft m. b. H. (GOK) die Ärztedienstzulage, die in der Ärztedienstordnung in der Anlage I, Abschnitt c, Abs. 3, definiert ist, neu verhandelt. Weiters wurde eine Regelung für den Fahrtkostenzuschuss, für die Jubiläumsszuwendungen und für die Geburtenhilfe dahingehend vereinbart, dass diese nur für das beigestellte Personal gelten. Die Fachärztezulage wurde ebenfalls neu geregelt.

Nachstehend eine Zusammenfassung der neuen Regelungen:

Änderungen der Anlage I, Abschnitt C, Abs. 2, ab 01.01.2009:

1. a	Ärztedienstzulage für Turnusärzte	13,37 %
b	Ärztedienstzulage für Sekundar- und Assistenzärzte	15,26 %
c	Ärztedienstzulage für Fachärzte	33,75 %
d	Ärztedienstzulage für Oberärzte	47,31 %

Auszahlung 14 x jährlich, die Bemessungsgrundlage wird durch die 14-malige Auszahlung nicht erhöht.

6. Fahrtkostenzuschuss (bis maximal 20 km) wird für beigestellte Ärzte gem. § 20 b des Geh.Ges. 1956 gewährt.

7. Jubiläumsszuwendungen gemäß § 20 c des Geh.Ges. 1956 werden für beigestellte Ärzte gem. § 20 c des Geh.Ges. 1956 gewährt.

8. Als Geldaushilfe gemäß § 23, Abs. 4, des Geh.Ges. 1956 wird für beigestellte Ärzte eine Geburtenbeihilfe in Höhe von 29,79 % aus V/2 gewährt.

9. Fachärztezulage

Bis Einstufung a18                    6 % aus V/2

Ab Einstufung a19                    3 % aus V/2

Auszahlung 14 x jährlich, die Bemessungsgrundlage wird durch die 14-malige Auszahlung nicht erhöht.

Die Stadtgemeinde Oberndorf hat gem. der Rahmenvereinbarung und in Verbindung mit dem Personalbeistellungsvertrag für das beigestellte Personal als Dienstgeber die Änderung der Ärztedienstordnung zu beschließen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag auf Beschlussfassung der Änderung der Ärztedienstordnung in der o. a. Form.**

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend – GV Tutschka und GV Dr. Voggenhuber waren nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.**

## **16. Vergabe Transport- und Entsorgungsdienstleistung Altstoffsammelzentrum**

- *GV Georg Mayrhofer verlässt aus Befangenheitsgründen das Sitzungszimmer, somit sind 23 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Gemeinde Nußdorf hat für das neu errichtete Altstoffsammelzentrum eine Ausschreibung für die Alt- und Problemstoffentsorgung durchgeführt. Das Verfahren wurde entsprechend den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes (BVerG 2006) als „Offenes Verfahren im Unterschwellenbereich“ durchgeführt. Die Bewertung der Angebote erfolgte nach dem Bestbieterprinzip mit einer 60%-igen Gewichtung für Preis und 40% für Qualität. Die Qualität wurde durch eine Kommission, bestehend aus Vertretern der drei Betreibergemeinden, bewertet. Der Auftrag wird entsprechend den Angebotsbestimmungen in Form von Teilleistungen an die Bieter vergeben. Der Dienstleistungsauftrag wird nach Ablauf einer 6-monatigen Probezeit unbefristet abgeschlossen. Die Stillehaltefrist für den Zuschlag endet am 4.12.2008.“

Der Bürgermeister erläutert in Ergänzung zum Amtsbericht das Schreiben der Gemeinde Nußdorf an die Bieter nach erfolgtem Vergabeverfahren, in dem über die Ermittlung der Bestbieter für die entsprechenden Teilleistungen informiert wird.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Vergabe der Alt- und Problemstoffentsorgung für das Altstoffsammelzentrum Weitwörth entsprechend dem vorliegenden Ergebnis der Angebotsprüfung zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend – auch GV Auzinger war während der Beschlussfassung nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.**

- *GV Mayrhofer kehrt wiederum ins Sitzungszimmer zurück.*

## **17. Aufträge, Anschaffungen**

Es liegen keine Auftragsvergaben und Anschaffungswünsche vor!

## 18. Subventionen

### **18.1. Pfarre Oberndorf**

Es wird um Auszahlung des Restbetrages in der Höhe von € 40.000,- für die Renovierung der Stadtpfarrkirche ersucht.

### **18.2. Turnverein und Pfadfindergruppe**

Es wird um Gewährung einer Subvention für den Turnverein Oberndorf und die Pfadfindergruppe Oberndorf in der Höhe der vorgeschriebenen Interessentenbeiträge für die Generalsanierung bzw. Zu- und Umbauten bei den jeweiligen Vereinsheimen gebeten.

Die Vorschreibung erfolgt mittels Bescheid an die beiden Vereine durch die Stadtgemeinde. Nach Vorlage des Bescheides wird in der jeweiligen Höhe eine Subvention gewährt.

Turnverein: € 1.114,30

Pfadfinder: € 811,21

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, über die vorstehenden Subventionsansuchen 18.1. und 18.2. abzustimmen.**

**Offene Abstimmung (23 GV anwesend – GV Auzinger befindet sich nicht im Sitzungszimmer): Werden einstimmig beschlossen.**

### **18.3. Salzburger Zivilschutzverband**

Ansuchen um Durchführung der Kindersicherheitsolympiade mit einer Kostenbeteiligung von € 4.500,- und der Bereitstellung des Veranstaltungsortes, der Mithilfe des Bauhofes und der weiteren notwendigen Infrastruktur (Strom, Wasser, Müllentsorgung).

Die Gesamtkosten würden sich letztendlich auf einen Betrag von € 8.000,-- bis € 9.000,-- belaufen. Da wir keinen finanziellen Spielraum haben wird vorgeschlagen, die Beteiligung an der Kindersicherheitsolympiade für heuer abzulehnen und im nächsten Jahr wieder darüber nachzudenken. Vielleicht sollten wir 2010 mit Herrn Tittler nochmals in Verbindung treten. Vielleicht besteht noch Interesse. Wir haben in der Budgetklausur bereits darüber beraten und es hat über diese Vorgangsweise fast Einstimmigkeit geherrscht. Es handelt sich hier um eine bezirksbezogene Schulveranstaltung, es wären viele Kinder aus der gesamten Umgebung und es hat Bezirkscharakter.

GV Ing. Schweiberer würde dies gerne in einem Ausschuss behandeln lassen.

*Anmerkung der Schriftführung: Auf ausdrücklichen Wunsch von GV Ing. Hans Schweiberer wird nachfolgender Wortwechsel zwischen ihm und 2. Vizebgm. Feichtner, soweit dies am Tonband nachvollziehbar ist, annähernd **wörtlich** wiedergegeben.*

„2. Vizebgm. Feichtner: Bei dieser Fraktionssitzung, die wir gehabt haben – Budget, im Nachhinein wurden die Mittel vom Land reduziert, Hans, und deswegen ist jetzt diese Vorgangsweise.“

GV Ing. Schweiberer: Was ist jetzt, was hab' ich jetzt getan?

2. Vizebgm. Feichtner: Nein, ich mache nur aufmerksam, warum das reduziert wird.

GV Ing. Schweiberer: Was soll denn der Vorwurf, sag mir das?

2. Vizebgm. Feichtner: Das ist kein Vorwurf, es ist nur, damit du es weißt.

GV Ing. Schweiberer: Was willst du mir damit sagen, ich versteh' es nicht?

2. Vizebgm. Feichtner: Du musst aufpassen!

GV Ing. Schweiberer: Dann sag es mir noch einmal!

2. Vizebgm. Feichtner: Nein, du bist es mir nicht wert.“

Stadtrat Dr. Weihs bemerkt zur Wortmeldung von Otto Feichtner, dass er seine Wortwahl nicht in Ordnung findet und ersucht ihn, sich in Zukunft etwas zusammen zu nehmen und mehr Höflichkeit walten zu lassen. Er sei in seiner Wortwahl manchmal unfair, diese sei einer Gemeindevertretung nicht würdig.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, aus dem vorher angeführten Grund die Durchführung der Kinderolympiade abzulehnen.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): 23 Stimmen für die Ablehnung, 1 Stimme dagegen (GV Ing. Schweiberer).**

#### **18.4. Bewegungserziehung und Sport**

Kostenbeitrag von € 0,20 für jeden Schüler der Gemeinde für das laufende Schuljahr.  
Es wird vorgeschlagen, eine Kostenbeteiligung abzulehnen.

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Ein Kostenbeitrag wird einstimmig abgelehnt.**

#### **18.5. Veranstaltungen 2009**

Folgende Veranstaltungen und Aktionen im Jahr 2009 wären durch die Gemeindevertretung zu beschließen:

Fahrkartenaktion Lokalbahn (Semesterferien, Osterferien, Sommerferien, Weihnachtsferien)

Fahrkartenaktion Lokalbahn Autofreier Tag (September)

Schikurs Schiclub Oberndorf

Gemeinsame Ferienaktion mit der Stadt Laufen

Sports 4 Fun

Straßentheater

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.**

## **19. Sponsorvertrag für Pflichtschulen** (nachträglich aufgenommen)

Es liegt ein Antrag gem. § 25 Abs. 8 Salzburger Gemeindeordnung 1994 i. d. g. F. um nachträgliche Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes, unterfertigt von Bürgermeister Peter Schröder, 1. Vizebgm. Mag.(FH) Hannes Danner und GV Josef Gönitzer, datiert mit heutigem Tag, vor, mit folgender Begründung:

„Durch die Direktorin der Volksschule Oberndorf wurde ein Antrag auf Abschluss eines Sponsorvertrages für die Volksschule mit dem Raiffeisenverband Salzburg eingebracht. Dieser Sponsorvertrag sieht eine finanzielle Unterstützung der Schule durch den Raiffeisenverband Salzburg in der Höhe von maximal €6,- inkl. USt pro Schüler und Schuljahr vor. Der Raiffeisenverband sichert sich mit diesem Vertrag alle werblichen Rechte für seine Produkte im Rahmen der Aktivitäten der Schule. Die Vereinbarung wird jeweils für ein Schuljahr abgeschlossen.

Der Antrag der Volksschule ist derzeit der erste, der der Stadtgemeinde vorliegt. Da davon auszugehen ist, dass auch die anderen Pflichtschulen der Stadtgemeinde (Hauptschule, SPZ, Polytechnische Schule) einen Antrag einbringen, erscheint ein genereller Beschluss der Gemeindevertretung sinnvoll.“

Der Beschlussantrag sollte wie folgt lauten:

„Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Abschluss eines Sponsorvertrages für die Pflichtschulen der Stadtgemeinde Oberndorf mit dem Raiffeisenverband Salzburg gemäß vorgelegtem Vertragsmuster. Der Vertrag wird vorerst für die Volksschule Oberndorf abgeschlossen; sollten die anderen Pflichtschulen der Stadtgemeinde ebenfalls einen gleich lautenden Vertrag abschließen wollen, so gilt dieser Beschluss auch für die weiteren Verträge.“

Bürgermeister Schröder hält dazu fest, dass Frau Direktor Plank um dieses Sponsoring gebeten hat. Es sei für die Schule sehr wichtig. Der Vertrag würde auf zwei Jahre laufen, sie würde dies gerne versuchen.

Ergänzend bemerkt der Bürgermeister, dass er schon vor Jahren bei mehreren Banken versucht hat, ein Sponsoring zu bekommen.

GV Dr. Voggenhuber: Bezieht sich dieser Vertrag wirklich ausschließlich auf das Sponsoring? Denn wenn die Banken in diesem Zug andere Dinge mitverkaufen können, bin ich dagegen. Ich finde es z. B. nicht in Ordnung, wenn von den Banken immer wieder Versicherungen angeboten werden.

Stadtrat Wetsch: Ich kenne das Raika-Schulsponsoring-Modell, die Raika unterstützt fast alle Schulen.

1. Vizebgm. Mag.(FH) Danner: Der Vertragsinhalt ist sehr weitreichend, wenn es z. B. um Werbeveranstaltungen geht. Der ist absolut genau zu prüfen. Ich persönlich bin nicht begeistert davon. Da der Vertragsinhalt sehr umfassend ist, würde ich auch keinen Pauschalbeschluss für alle Schulen fassen. Zumindest einmal pro Jahr darf demnach eine Verkaufsveranstaltung von Raiffeisen in der Schule stattfinden. 80 Gemeinden machen das, hauptsächlich jene, in denen es vorwiegend die Raika gibt, wir haben jedoch mehr Banken.

GV Ing. Schweiberer: Beim Einsatz der Mittel wird in unserer Schule in Salzburg, in der ich unterrichte, nicht mitgeredet. Doch wir haben Probleme, wenn wir dann einmal jemanden herholen möchten, der vorher mit uns gearbeitet hat. Wir müssen uns das sehr genau für Oberndorf überlegen, denn die anderen Aktivitäten sind aus meiner Erfahrung dann eingeschränkt. Es musste bei uns alles unter „Raiffeisen“ laufen, und wir haben damit sehr viele andere Betriebe und Partner verloren.

GV Petzlberger: Was haben Volksschul-Kinder mit Werbung zu tun? In höheren Schulen kann ich mir das eher vorstellen, doch nicht in einer Volksschule. Ich denke, man bringt sie

auf eine Schiene, wo wir Eltern uns verantworten müssen. Ich persönlich würde so etwas von einer Volksschule fern halten.

GV Stampfer: Im Schulgebäude sollte auf Werbung verzichtet und auf das Lernen Rücksicht genommen werden.

GV Neumeier: Der Betrag von maximal €6,-- im Vertrag erscheint mir zu „schwammig“.

GV Dr. Weiß: Gibt es eine Zeitfrage bezüglich des Vertrages?

2. Vizebgm. Feichtner: Es geht um einen Werbebetrag von €1.500,--, das ist für eine Schule nicht viel. Wenn ja, dann sollte dies ausgeschrieben werden.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, entsprechend dem Diskussionsergebnis dem Abschluss dieses Sponsoringvertrages keine Zustimmung zu erteilen.**

**Offene Abstimmung (24 GV anwesend): 23 GV für die Ablehnung, 1 Stimme dagegen (Stadtrat Wetsch)**

## 20. Allfälliges

Bürgermeister: Es wird gebeten, dass die Fraktionen den Wahlkalender beachten und so schnell wie möglich ihre Anträge für die Beisitzer und Ersatzmitglieder der Wahlkommissionen bei der Bezirks- und Gemeindewahlbehörde einbringen. Dies hat bis zum 28. 12. 2008 zu erfolgen. Spätestens am 7. Tag nach der Festsetzung der Wahlsprengel hat die Ernennung der Sprengelwahlleiter und deren Stellvertreter sowie der Vorsitzenden der besonderen Wahlbehörden und deren Stellvertreter durch den Bürgermeister zu erfolgen.

GV Voggenhuber: Am Montagabend habe ich das Interview mit dir im Fernsehen gesehen. Du hast gesagt, dass in der Nähe ein Busparkplatz im Gespräch ist.

Bürgermeister: Wir haben im nächsten Jahr über die Stiegl-Wiese nachzudenken, wie es damit weitergehen soll. Derzeit steht für die Busse zu Weihnachten der Mairoll-Parkplatz zur Verfügung. Wir müssen darüber diskutieren. Im Rahmen des Konzeptes über den Stille-Nacht-Bezirk werden wir uns diesbezüglich unterhalten. Ich wurde auch bezüglich des Hotelprojekts angesprochen.

Stadtrat Wetsch: In der Haunsbergstraße gibt es eine Engstelle, wo man Richtung Gugg-Wiese geht. Dort ist der Weg so schmal – ist das öffentlich oder privat?

GV Gönitzer: Das ist privat, der Durchgang ist erlaubt.

Bürgermeister: Wird vom Amt kontrolliert.

GV Oberer bedankt sich bei der Stadt für die Möglichkeit zur Durchführung des Perchtenlaufes, bei Dr. Schäffer für die Abwicklung im Amt und der Firma Mayrhofer für die großzügige Spende.

Bürgermeister zu GV Oberer: Die Veranstaltung bringt viele Akteure und viel Publikum nach Oberndorf. Man kann gratulieren, wie du deine Leute organisierst und die gesamte Veranstaltung in dieser Form auf die Füße stellst. Was mir gefällt ist, dass die Jugend fleißig mitarbeitet.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Schröder, verbunden mit den besten Wünschen für Weihnachten und das neue Jahr sowie dem Ersuchen um gegenseitige Wertschätzung in der Zeit bis zu den Wahlen im März, die Sitzung um 22.25 Uhr.

Die Schriftführerin:  
gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:  
gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

# Beschlussfassungsprotokoll GV v. 10.12.08

<b>TOP</b>	<b>Beschluss</b>	<b>erledigt am</b>	<b>erledigt von</b>
1.	Aufnahme zusätzlicher Tagesordnungspunkt „Sponsorvertrag mit Pflichtschulen“ als TOP 19.		
2.	Protokoll vom 19.11.08		
4.	Krankenhaus Oberndorf – PPP-Modell <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Einbringungsvertrag Krankenhaus</li> <li>b) Kaufvertrag GP 890/3 KG Oberndorf</li> <li>c) Mietvertrag GP 890/24 neu KG Oberndorf</li> <li>d) Baurechtsvertrag Reha-Zentrum</li> <li>e) Baurechtsvertrag Ärztezentrum</li> </ul>		
5.	Europasteg Errichtungs- u. Betriebs GmbH – Änderung der Haftung		
7.	Jahresvoranschlag 2009		
8.	Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Jahresvoranschlag 2009		
9.	Haushaltsbeschluss 2009		
10.	Stellenplan 2009 <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Allgemein</li> <li>b) Seniorenwohnhäuser</li> <li>c) Krankenhaus</li> </ul>		
11.	Mittelfristiger Finanzplan		
12.	Sanierung Volksschul-Turnhalle – Vergabe Planungsleistungen u. Bauaufsicht		
13.	Änderung REK Watzmannstr./Alte Landstr.		
14.	Betriebsvereinbarung Spitalsärzte		
15.	Änderung Ärztedienstordnung		
16.	Vergabe Transport- u. Entsorgungsdienstleistung Altstoffsammelzentrum		
18.	Subventionen		
19.	Sponsorvertrag f. Pflichtschulen – KEIN Vertragsabschluss		